

Das Magazin des Deutschen Studentenwerks

# DSW JOURNAL

## Schuldenrisiko Studium

Warum in den USA eine Studienkredit-Blase droht und warum Frankreich einen ganz anderen Weg geht

### Dieter Imboden

Der Mann, der die Exzellenzinitiative evaluiert

### Schöner essen

Moderne Mensen bestehen durch Geschmack und Architektur

### Hochschulsozialpakt

Oliver Kaczmarek (SPD) will mehr soziale Absicherung für Studierende





© REUTERS. \* 5€ zzgl. Kosten einer normalen SMS. 4,83€ gehen direkt an ADH.

## Flüchtlingsdrama Syrien Jetzt spenden!

Über 16 Mio. Menschen sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. Zwei Drittel der Flüchtlinge sind Frauen und Kinder! Aktion Deutschland Hilft leistet Nothilfe. Gemeinsam, schnell und koordiniert. Helfen Sie den Menschen - mit Ihrer Spende!



Spendenkonto (IBAN): DE62 3702 0500 0000 1020 30, Sozialbank Köln  
Stichwort: Syrien/Nahost, Charity-SMS: Senden Sie ADH an die 8 11 90 (5€\*)  
Oder online: [www.Aktion-Deutschland-Hilft.de](http://www.Aktion-Deutschland-Hilft.de)



**Aktion  
Deutschland Hilft**  
Bündnis deutscher Hilfsorganisationen

# Irrtum

»Hochschulbildung als privates Investment erweist sich als gesellschaftspolitischer Irrtum«

Achim Meyer  
auf der Heyde

Illustration: Oliver Weiss; Foto: Kay Herschelmann (Editorial)

**D**ass unser DSW-Journal aufmerksam und genau gelesen wird, bekomme ich zu meiner Freude oft zu hören. Dies durfte ich auch bei unserer Ausgabe 3/2015 zum Thema Willkommenskultur für ausländische Studierende und Geflüchtete erfahren. Niemand Geringeres als die Bundesregierung selbst hat uns auf einen Fehler aufmerksam gemacht. Auch wenn das Thema sehr komplex ist, wir geben gerne zu: Wir haben uns beim BAföG für studierwillige Geflüchtete geirrt.

Daher stellen wir gerne richtig: Anerkannte Flüchtlinge können schon heute, wenn sie studieren wollen, ohne Wartezeit BAföG erhalten. Und für Aufenthaltsberechtigte sowie Geduldete beginnt die Wartezeit nicht erst mit Abschluss des Anerkennungsverfahrens, sondern mit der Asylantragsstellung. Bisher beträgt sie vier Jahre, sie soll ab Januar 2016 auf 15 Monate verkürzt werden.

Diese von der Bundesregierung auf den Weg gebrachte Verkürzung begrüßt das DSW. Jedoch hätten wir uns eine weitere Verkürzung gewünscht. Während der 15-monatigen Wartezeit sind Aufenthaltsberechtigte sowie Geduldete mit voller Hochschulzulassung (also nicht mit Gasthörer-Status) auf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz angewiesen, und das kann bedeuten: Gemeinschaftsunterkunft statt Wohnheim, Verpflegung in der Unterkunft statt in der Mensa. Wir sehen darin Barrieren für die notwendige sozial-akade-

mische Integration - bei einer Gruppe von Menschen, die aufgrund ihrer Erlebnisse dieser Integration umso stärker bedarf.

Die europäischen Wissenschaftsministerinnen und Wissenschaftsminister haben sich im Bologna-Prozess immer wieder zu „Hochschulbildung als öffentlichem Gut in öffentlicher Verantwortung“ bekannt. Und das ist auch gut so. Wie sehr sich „Hochschulbildung als privates Investment“ als gesellschaftspolitischer Irrtum erweist, zeigt vor allem das Beispiel USA in unserer Titelgeschichte „Schuldenrisiko Studium“. Marion Schmidt hat für uns recherchiert, in welche Höhen sich die Studienkredit-Schulden hochgeschraubt haben, und was die fatalen Folgen für die verschuldeten Einzelnen, aber auch für die amerikanische Wirtschaft und Gesellschaft sind, S. 12.

Dagegen steht das Modell öffentlicher, sozialstaatlich orientierter Studierendenförderung in Frankreich. Anfang Oktober 2015 hat der französische Staatspräsident François Hollande höchstpersönlich anlässlich des 60-jährigen Bestehens des Centre National des Œuvres Universitaires et Scholaires (Zusammenschluss der französischen Studentenwerke) einen verbindlichen nationalen Aktionsplan vorgestellt. Der „Plan de vie étudiante“ beinhaltet unter anderem den Bau von 40.000 Wohnheimplätzen bis 2017, die bessere soziale und finanzielle Absicherung der Studierenden sowie den leichteren Zugang bisher unterrepräsentierter Herkunftsgruppen zur Hochschulbildung, S. 18.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.  
Ihr

**Achim Meyer auf der Heyde**  
Generalsekretär des  
Deutschen Studentenwerks  
»achim.meyeraufderheyde@  
studentenwerke.de



## POLITIK

## PRAXIS

## PROFIL

## PERSPEKTIVE



Hochschulbildung als Ware, Hochschulen als Unternehmen, ein Studium als private Investition. Wir zeigen am Beispiel der Länder USA, England und Australien, welche Folgen eine solche Politik hat. In den USA droht eine Studienkredit-Blase zu platzen.

Frankreich geht den anderen Weg und versteht Hochschulbildung als staatliche Aufgabe. Die soziale Absicherung der Studierenden ist im Nachbarland Chefsache; die Grande Nation hat dafür einen nationalen Aktionsplan.

Analysen von Marion Schmidt und Benjamin Haerdle / 12-21



Fotos: Kay Herschelmann, Rolf Schulten, Adrian Baer. Illustration: Oliver Weiss.

### Schöner essen

Jena, Bielefeld, Berlin: Drei Mensen, drei Konzepte, drei Beispiele, wie die Studentenwerke mit ihrer Hochschulgastronomie eine sehr gute Figur machen. Erfahren Sie, warum die „Veggie No 1“-Mensa des Studentenwerks Berlin so erfolgreich ist, wie in der Mensa Carl-Zeiss-Promenade in Jena, wo die Köchin Kathrin Brettschneider arbeitet, Tradition und Moderne aufeinandertreffen und wie das Mensateam des Studierendenwerks Bielefeld 750 Studierende in einer Viertelstunde satt und glücklich macht.

Eine Reportage von Heike Hucht (Text) und Kay Herschelmann (Fotos) / 22-29

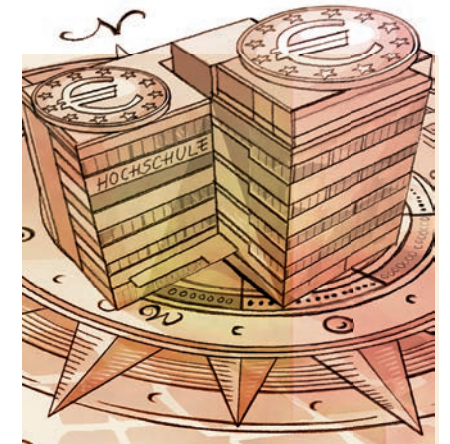
### CAMPUS

Neues, Bunt und Ausgezeichnetes aus den Studentenwerken / 6



### Dieter Imboden

Der Schweizer Umwelphysiker und Wissenschaftsmanager ist Vorsitzender der Expertenkommission, die die Exzellenzinitiative evaluiert. Vielleicht werde er als „eine Art Hofclown aus dem Nachbarland“ gesehen, scherzt er. Sicher ist: Imboden ist ein Wissenschaftler des Wassers. Ein Porträt von Karl-Heinz Reith / 30 - 33



### Ein neuer Hochschulpakt

Geld für jeden erfolgreichen Studienabschluss: Der Bund soll sich in Form einer Studienabschlussförderung dauerhaft an der Grundfinanzierung der Hochschulen beteiligen, fordert die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags und ehemalige Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn von der SPD / 34-35

### 13 FRAGEN ...

zu seinen Erfahrungen als Arbeiterkind an der Uni beantwortet der SPD-Bildungspolitiker Oliver Kaczmarek / 36-37



### Ein Gedanke noch ...

DSW-Präsident Dieter Timmermann plädiert für ein breites Verständnis von Exzellenz / 38





Moderator Ralf Schmitt (Mitte) mit dem erstplatzierten A-Cappella-Quartett „Gretchens Antwort“, das 1.000 Euro gewann. Zweiter wurde der iranische Pantomime „Ewige Sternschnuppe“.

## Gretchens Antwort

**KLEINKUNST-PREIS** Rap aus Bulgarien, Musik aus den Anden mit einem Hauch Berlin-Beat oder unkonventionell vorgetragene Lyrik: Die fünfte Ausgabe des Kleinkunstabends „Mix it!“ des Studentenwerks Berlin am 5. November 2015 stand ganz im Zeichen der Vielfalt. Sieben studentische Performer/innen aus sieben Studiengängen, sechs Kulturräumen und von fünf Berliner Hochschulen boten ein Kleinkunst-Feuerwerk für Augen und Ohren. „Kreativität fördern, Raum geben und Diversität leben, das sind unsere Leitsätze, und das machen wir mit diesen jungen Talenten“, so Frank Thinnies, Leiter des Kulturbüros im Studentenwerk Berlin. In der Pause gab es bei fröhlicher Stimmung appetitliche Häppchen und

Zeit zum Austausch. Denn am Ende des Abends musste das Publikum über die Gewinner/innen entscheiden: Das Berliner A-Cappella-Ensemble „Gretchens Antwort“, der iranische Pantomime-Künstler Ahahab Anousha/„Ewige Sternschnuppe“ und der jemenitische Zauberer Baselo nahmen Preise in Höhe von insgesamt 2.250 Euro mit nach Hause. „Wir freuen uns ein Loch in den Bauch!“, so die Gewinnerinnen des ersten Preises, die Sängerinnen Anne Stabler, Jessica Jorgas, Steffi Klein und Sophie Gaffrontke von „Gretchens Antwort“. *ep*  
 » [www.studentenwerk-berlin.de/kulturelle\\_angebote/mixit](http://www.studentenwerk-berlin.de/kulturelle_angebote/mixit)

**KURZ GESAGT**



»Das wird ... die Generation R wie relaxed«

Der Jugendforscher **Klaus Hurrelmann**, Co-Autor der 17. Shell Jugendstudie, über die heute 12- bis 25-Jährigen, in der „ZEIT“ vom 15.10.2015

Wussten Sie schon, dass ...

... die Zahl der Studierenden seit dem Jahr 2006 um **36% gestiegen** ist, die Zahl der **staatlich geförderten Wohnheimplätze** aber nur um **5,5%**?

Die Schere zwischen Studien- und Wohnheimplätzen geht immer weiter auseinander. Die Zahl der Studienanfänger/innen ist seit 2006 sogar um **45%** gestiegen. Obwohl derzeit rund **13.600 Plätze** im Bau oder geplant sind, **sinkt** die bundesweite **Versorgungsquote** von staatlich geförderten Wohnheimplätzen in Relation zur Zahl der Studierenden weiterhin ab, von **9,95%** im Jahr 2014 auf nun **9,86%**.

» [www.studentenwerke.de](http://www.studentenwerke.de)

Fotos: Rolf Schulten, Patrick Becher, picture alliance

**VOR DER FLUCHT**



HEIKO SAKURAI

## Digitaler Champion Trier

### App auf den Teller



**ONLINE-PREIS** Mit seinen Online- und App-Angeboten gehört das Studiwerk Trier zu den „Digitalen Champions“ in Deutschland. Beim gleichnamigen Wettbewerb gab's im Oktober 2015 den Sonderpreis „Digital Transformation Award“, weil Apps und Website des Studiwerks besonders gut auf die Bedürfnisse der Studierenden eingehen. Auf [www.app-auf-den-teller.de](http://www.app-auf-den-teller.de) kann, genau wie in der App, das gesamte Mensa-Angebot nach persönlichen Vorlieben – vegan, vegetarisch, mit Fleisch – gefiltert werden. Zu-

sätzlich schlägt der „Lecker Wecker“ Alarm, wenn das eigene Lieblingsessen gekocht wird; 500 Gerichte haben die Studiwerk-Mitarbeiter/innen dafür fotografiert. Über das Tool „Mensa & Co“ kann man sich dann auch gleich zum Essen verabreden. Und bei [www.app-in-den-keller.de](http://www.app-in-den-keller.de) sieht man auf einen Blick, welche Waschmaschine in welchem Wohnheim gerade frei ist. „Ich finde schön, wie die Apps die digitale Welt mit menschlicher Begegnung verbinden“, sagt Jurymitglied Miriam Meckel, Chefredakteurin der Wirtschaftswoche. „Ich hätte mir gewünscht, dass ich in meiner Studienzzeit solche Angebote gehabt hätte. Da habe ich immer auf die Waschmaschine gewartet und musste immer kalte Fritten essen, ohne dass ich die Leute getroffen habe, die ich treffen wollte. Das wäre heute besser.“ *him*  
 » [www.einfach-studieren.tv](http://www.einfach-studieren.tv)

## App und Ei

**KABARETTFESTIVAL** Das berühmte Cottbuser studentische Kabarettfestival „Ei(n)fälle“ hat jetzt eine App. Zur 21. Auflage des Festivals im Januar 2016, wie immer organisiert vom Studentenwerk Frankfurt (Oder), bietet die App umfangreiche Informationen zum Programm, zu den Teilnehmer/innen und den Spielstätten. Highlights und Lieblingskünstler/innen lassen sich markieren, so dass man einfach und schnell seinen Fahrplan für das Satire-Spektakel vom 21. bis 24. Januar 2016 zusammenstellen kann. Schnell buchen lohnt sich: Die Karten für die Eröffnungsgala am 21. Januar 2016 im Staatstheater Cottbus sind rasend schnell weg! *sg*  
 » [www.studentenkabarett.de](http://www.studentenkabarett.de)



## GV-Manager des Jahres

**BRANCHEN-OSCAR** Üppiges Frühstück, leichtes Mittagsbistro und Kerzenschein-Dinner à la carte - alles unter einem Dach und zu Studierendenpreisen ... Zuschauen, wie die Köchinnen und Köche beim Frontcooking Grill-, Wok-, Veggie-, Pizza- und Pastagerichte zubereiten ... Für seinen Mut, solche „wahnsinnigen“ Ideen umgesetzt zu haben, ist **Ezzedine Zerria**, Abteilungsleiter Hochschulgastronomie beim Akademischen Förderungswerk (AKAFÖ), Bochum, von der gleichnamigen Fachzeitschrift zum „GV-Manager des Jahres 2015“ gekürt worden. GV steht für Gemeinschaftsverpflegung. In der Kategorie Schul- und Studentenverpflegung setzte er sich gegen vier Konkurrentinnen durch. Die Mensa der Zukunft werde nachhaltig und anspruchsvoller; man dürfe sich nie zufriedengeben, sagt Zerria. Aber:



„Man braucht einen Chef, der einen machen lässt. Und Mitarbeiter, die einem vertrauen. Wir Verantwortlichen haben vielleicht Ideen und

Konzepte - die sind aber ohne das ganze Team nicht zu erreichen.“ *ep*  
» [www.blmedien.de](http://www.blmedien.de)

Für die Umsetzung zukunftsweisender Mensa-Ideen wurde Ezzedine Zerria zum „GV-Manager des Jahres 2015“ in der Kategorie „Schul und Studentenverpflegung“ ernannt.



## Die Sinn-Frage

**PLAKATWETTBEWERB** Zum 30-jährigen Jubiläum des Plakatwettbewerbs stellen wir den Design-Studierenden die Sinnfrage: warum studieren? Was motiviert sie? Karriere, Geld, die Wissenschaft, die Selbstverwirklichung, das studentische Leben? Folgen sie dem Rat ihrer Eltern - oder gerade nicht? Wie immer richtet sich der Wettbewerb an Studierende der Fächer Grafik-Design, Kommunikationsdesign und Visuelle Kommunikation, und wie immer gibt es insgesamt 5.500 Euro Preisgeld zu gewinnen. Erstmals können die Plakate aber online eingereicht werden. Auch im 30. Jahr seines Bestehens wird der Plakatwettbewerb vom Bundesministerium

für Bildung und Forschung gefördert. Das Museum für Kommunikation Berlin ist Kooperationspartner. Voraussichtlich im Frühsommer 2016 findet dort die Preisverleihung statt, und 30 Jahre Plakatwettbewerb werden wir ebenfalls gebührend feiern. 1987 wurde der erste Plakatwettbewerb ausgelobt, damals zum Thema „Mensa - Fachhochschulen gestalten Umweltschutzplakate“. 30 Studierende aus drei Hochschulen machten damals mit und entwarfen 37 Plakate. Beim jüngsten, 29. Wettbewerb, Thema „Wie ge-wohnt“, waren es in diesem Jahr 378 Design-Studierende aus 34 Hochschulen, mit 640 Plakaten! *sg*  
» [www.studentenwerke.de](http://www.studentenwerke.de)

Fotos: Stefan Kaminski, Die Linke, privat; Nina Altmann, GV-Manager; Joanna Czajka

### EINE FRAGE ...

## „Wie muss die Exzellenzinitiative fortgesetzt werden?“

Antworten von den Bildungsexperten der Bundestagsfraktionen



**Kai Gehring** MdB  
Bündnis 90/Die Grünen

Wie sie genau ausgestaltet wird, lässt sich erst nach der Evaluation entscheiden. Sich auf wenige „deutsche Harvards“ zu konzentrieren, widerspräche unserer dezentral organisierten Hochschullandschaft. Transfer, Kooperation und Spitzen-Lehre sollten auch prämiert werden.

» [www.kai-gehring.de](http://www.kai-gehring.de)



**Nicole Gohlke** MdB  
Die Linke

Wir wollen die Exzellenzinitiative auslaufen lassen und die frei werdenden Gelder in die Grundfinanzierung aller Hochschulen stecken. Gute Bedingungen braucht es überall, nicht nur an wenigen Leuchttürmen; gute Beschäftigungsverhältnisse bedürfen verlässlicher Finanzen.

» [www.nicole-gohlke.de](http://www.nicole-gohlke.de)



**Ernst Dieter Rossmann** MdB  
SPD

Erhalt der Dynamik mit den innovativen Hochschulen im Zentrum. Mit ausgewählter Exzellenz bei Forschungsclustern, Spitzenhochschulen und Spitzenregionen. Als Projekt und auch als Institution. Gute Lehre, gute Arbeit und Kooperationsnetzwerke gehören zwingend dazu.

» [www.ernst-dieter-rossmann.de](http://www.ernst-dieter-rossmann.de)



**Albert Rupprecht** MdB  
CDU/CSU

Die Förderung von Exzellenz muss oberstes Prinzip bleiben, dann spielen wir in der Weltliga mit. Wir wollen langfristig vier oder fünf wissenschaftliche Spitzenzentren international ganz nach vorne bringen und die Profilbildung der Universitäten weiter stärken.

» [www.albert-rupprecht.de](http://www.albert-rupprecht.de)

## Student/in des Jahres?

**ENGAGEMENT-PREIS** Gemeinsam mit dem Deutschen Hochschulverband (DHV) suchen wir die Studentin oder den Studenten des Jahres. Ein über das Studium hinausgehendes „herausragendes Engagement“ wird mit 5.000 Euro belohnt werden; dieses Preisgeld kommt vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft. Es geht um ehrenamtliches, altruistisches Engagement, sei es hochschulnah oder in Politik und Gesellschaft. Bis zum 31. Dezember 2015 können Studierende beim DHV für den Preis vorgeschlagen werden. Studierende zählen als engagierteste Gruppe der Zivilgesellschaft; viele sind derzeit in der Flüchtlingshilfe aktiv. *sg*  
» [www.hochschulverband.de/student-des-jahres.pdf](http://www.hochschulverband.de/student-des-jahres.pdf)

## App ins Museum



**KULTUR-APP** Neu in der Stadt und keine Ahnung, wohin? Da hilft die App

„UNIverse“, die das Studierendenwerk Karlsruhe gemeinsam mit Stadtmarketing und Kulturamt ins Leben gerufen hat. „Wir möchten neue Studierende an die Karlsruher Kultur heranführen und ihnen die Stadt näherbringen“, erklärt Benjamin Wedewart vom Studierendenwerk Karlsruhe. Mit der kostenfreien App erhalten Erstsemester knapp 50 freie Eintritte und Ermäßigungen in Karlsruher Museen, Theatern, Kinos, Schwimmbädern und Clubs. Außerdem in der App: die Privatzimmervermittlung, die Sprachpartnerbörse des Studierendenwerks sowie die Speisepläne der Mensen. Die App löst das Karlsruher Kulturscheckheft ab - der digitale Nachfolger spart Geld und Papier. *ep*  
» [www.sw-ka.de](http://www.sw-ka.de)

Fotos: AKAFÖ, Bochum; instagram



Vom AKAFÖ freuen sich: Judith Lindhaus, Sina Brüning, Natascha Dauksch, Ezzedine Zerria, Farnas Ahangari, Olaf Felske (v.l.n.r.)

## Essen, nicht wegschmeißen

**AUSZEICHNUNG** Im Pott kommt nichts weg: Das Lebensmittelmüll-Vermeidungs-Projekt „Zu gut für die Tonne“ des Akademischen Förderungswerks (AKAFÖ) für die Bochumer Hochschulen und die Westfälischen Hochschule in Gelsenkirchen hat die Klimaschutz-Auszeichnung des Landes Nordrhein-Westfalen erhalten. Das Besondere: Die Ideen zur Abfallvermeidung stammen ausnahmslos von den AKAFÖ-Beschäftigten. „Mit dem ‚Tipp des

Tages‘, bei dem wir vom Vortag übriggebliebenes verarbeiten, verkaufen wir bis zu 400 Portionen täglich, die wir sonst wegschmeißen müssen“, erklärt Mensakoch Marcel Pleger zufrieden. Gemeinsam ist es den AKAFÖ-Beschäftigten gelungen, das Lebensmittelmüll-Aufkommen um fast 25 Prozent zu reduzieren - das entspricht monatlich dem Volumen eines mittelgroßen Anhängers. *ep*  
» [www.akafoe.de](http://www.akafoe.de)



## #edumensa

**SOCIAL-MEDIA-AKION** Stilvoll arrangierte Karotten, leergeputzte Teller, fröhliche Selfies über dem Tablett. Unter dem Hashtag #edumensa konnten Studierende der Universität Duisburg-Essen in den ersten Wochen des Wintersemesters 2015/2016 Fotos ihres Mensaessens posten: auf Facebook, Twitter und Instagram. „Unsere Idee war, das digitale Angebot zum Semesterbeginn auch unter die neuen Studierenden zu bringen - und Foodfotografie ist ein Trend bei Instagram“, sagt Johanne Peito, Social-Media-Managerin beim Studierendenwerk Essen-Duisburg.

Um die Studierenden zum Mitmachen aufzufordern, wurden in den Mensen, Cafeterien und Beratungsstellen kleine Kärtchen ausgelegt, die auf die Aktion hinweisen. Mehr als 30 Beiträge sind bereits eingegangen und „die persönlichen Reaktionen waren auch sehr positiv“, sagt Johanne Peito. Vielleicht liegt das auch daran, dass die Idee, das eigene Mensaessen zu posten, selbst von einem Studenten der Universität Duisburg-Essen stammt. *ep*  
» <https://instagram.com/explore/tags/edumensa/>

PERSONALIA

## An der Spitze



**ALEXANDRA DIESTEL-FEDDERSEN** wechselt als Geschäftsführerin von Landau nach Mainz. Seit dem 15. Oktober 2015 ist sie Geschäftsführerin des Studierendenwerks Mainz; dieses Amt hatte sie seit dem November 2010 beim Studierendenwerk Vorderpfalz inne gehabt. Die 38-jährige Historikerin, die auch ein Diplom in Interdisziplinären Frankreich-Studien besitzt, setzt in ihrer Arbeit konsequent auf Internationalisierung. Sie ist stellvertretende Vorsitzende des DSW-Ausschusses Internationales und betreibt intensiven Austausch mit den französischen Partnerorganisationen, den Centres Régionaux des Œuvres Universitaires et Scholaires, CROUS. *sg*  
 » [www.studierendenwerk-mainz.de](http://www.studierendenwerk-mainz.de)



**FRANK OLIVIER** ist seit dem 1. Oktober 2015 neuer Geschäftsführer des Studentenwerks Münster, das rund 55.000 Studierende in Münster und Steinfurt betreut. Olivier studierte Betriebswirtschaftslehre an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster - mit den Schwerpunkten Controlling und Investitionsmanagement. Nach zwei beruflichen Stationen im öffentlichen Bereich war Olivier zuletzt als Finanzdezernent der Universität zu Köln tätig. Der 46-jährige Diplom-Kaufmann und gebürtige Münsteraner ist verheiratet und Vater von zwei Söhnen im Alter von acht und drei Jahren. *gs/sg*  
 » [www.studentenwerk-muenster.de](http://www.studentenwerk-muenster.de)



**KAI HÖRIG** ist seit dem 1. November 2015 Geschäftsführer des Studentenwerks Rostock. Der 43-jährige Diplom-mathematiker ist bereits seit seiner Studienzeit ein Profi der Studentenwerksarbeit, der beide Seiten kennt: die des Nutzers und des Anbieters. Der Student Hörig aß in der Mensa, wohnte im Wohnheim, bezog BAföG. In den 1990er Jahren war er studentisches Mitglied im Verwaltungsrat des Studentenwerks Leipzig und auch in unserem DSW-Vorstand. Auch sein Berufsleben spielt im Studentenwerk: Von 2004 bis 2015 war Hörig Abteilungsleiter für Wohnen, Technik, EDV und Internationales beim Studentenwerk Leipzig. *sg*  
 » [www.studentenwerk-rostock.de](http://www.studentenwerk-rostock.de)



Das vegane Kochteam des Studentenwerks Erlangen-Nürnberg: „Vollkornblume“ (Sabine Schlüter), „Tofu Toni“ (Dominik Mikolajetz), „Käpt'n Kloßteig“ (Michael Söllner), „Kokosbacke“ (Stefanie Meder) (v.l.n.r.)

## Vegane Häppchen mit Tofu Toni

**MENSA-KOCHSHOW** Woraus besteht ein veganer Burger? Wie schmeckt ein Wrap mit Seitan? Und welche Bratwurst kann man aus Reiswaffeln anfertigen? Wer erfahren wollte, wie man sich am besten auf eine vegane Party vorbereitet, war bei der ersten veganen Kochshow des Studentenwerks Erlangen-Nürnberg am 22. Oktober 2015 genau richtig. In der „vegan-freundlichsten Mensa Deutschlands 2014“ schuf ein motiviertes Vegan-Kochteam gemeinsam mit elf studentischen Teilnehmer/innen Snack-Kreationen und präsentierte praktische Tipps. Dabei ging es vor allem um die Vielfalt veganer Ernährung. „Wir wollen unseren Gästen nicht nur Nudeln mit Tomatensoße vorsetzen“, sagte Koch Dominik Mikolajetz, alias „Tofu Toni“. Nach dem Showteil wurden die veganen Köstlichkeiten von den Teilnehmer/innen gemeinsam verzehrt. Alle waren sich einig: „Diese Veranstaltung muss wiederholt werden!“ *ep*  
 » [www.studentenwerk.uni-erlangen.de](http://www.studentenwerk.uni-erlangen.de)

IMPRESSUM

**DSW-Journal, Magazin des Deutschen Studentenwerks (DSW)**  
 Ausgabe 4/2015, 10. Jahrgang

Das DSW-Journal erscheint viermal im Jahr.

**Herausgeber:**  
 Deutsches Studentenwerk e.V.,  
 Monbijouplatz 11, 10178 Berlin

**Verantwortlich:**  
 Achim Meyer auf der Heyde,  
 Generalsekretär

**Redaktionsleitung:** Stefan Grob (sg),  
[stefan.grob@studentenwerke.de](mailto:stefan.grob@studentenwerke.de)

**Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe:**  
 Julia Strauß (jst), Christian Füller, Armin Himmelrath (him), Eleonora Pauli (ep), Gisbert Schmitz (gs), Marion Schmidt, Benjamin Haerdle, Heike Hucht, Karl-Heinz Reith, Edelgard Bulmahn

**Grafik:** Atelier Hebing,  
[www.atelierhebing.de](http://www.atelierhebing.de)

**Karikatur:** Heiko Sakurai

**Illustration:** Jacqueline Urban,  
 Oliver Weiss (Titel)

**Druck:** Henrich Druck + Medien GmbH,  
[www.henrich.de](http://www.henrich.de)

**Beratung:** Helmut Ortner,  
[www.ortner-concept.de](http://www.ortner-concept.de)

**Anzeigen:**  
[dswjournal-anzeigen@studentenwerke.de](mailto:dswjournal-anzeigen@studentenwerke.de)  
 Es gilt die Anzeigenpreisliste vom  
 1. Januar 2015

**Redaktionsanschrift:**

Deutsches Studentenwerk e.V.  
 Redaktion DSW-Journal  
 Monbijouplatz 11  
 10178 Berlin  
 Tel.: +49(0)30-29 77 27-20  
 Fax: +49(0)30-29 77 27-99

**E-Mail:** [dswjournal@studentenwerke.de](mailto:dswjournal@studentenwerke.de)  
**Internet:** [www.studentenwerke.de](http://www.studentenwerke.de)

**Nachdruck und Wiedergabe von Beiträgen aus dem DSW-Journal sind nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion erlaubt.** Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Foto: Wolfgang Hasenheit, Studentenwerk Rostock, Studentenwerk Erlangen-Nürnberg, Studentenwerk Münster, Katrin Melcher

SERIE  
**TEAMWORK**  
 im Studentenwerk

9 10 11 12 13 14 15 16



## ZWEI, BEI DENEN MAN WOHNEN MÖCHTE

**Das Duo vom Kölner Studierendenwerk.**

Drei Wohnheime, zwei Männer, ein Team: Wenn Paul Woitha (30, l.) und Thomas Barenhoff (38) von ihrer Arbeit erzählen, zieht sich ein Lächeln über ihr Gesicht. Ihnen ist klar: Nur wenn die Kommunikation im Team stimmt, lassen sich die 500 Wohneinheiten, um die sich die beiden kümmern, gut und unkompliziert managen. Wohnheimverwalter Woitha und Haustechniker Barenhoff arbeiten Hand in Hand. Und sollte es bei einem einmal etwas ruhiger zugehen, halten sie trotzdem Kontakt - um zu erfahren, ob der eine dem anderen helfen kann. *jst* » [www.kstw.de](http://www.kstw.de)



# Schuldenrisiko Studium

**WARNEDES BEISPIEL** Millionen Menschen weltweit verschulden sich für ein Studium, am gravierendsten in den USA, wo 1.300 Milliarden Dollar Studienkredit-Schulden angehäuft wurden. Viele Amerikaner/innen können ihre Darlehen nicht zurückzahlen – das hat massive Folgen für Gesellschaft und Wirtschaft.

TEXT: Marion Schmidt ILLUSTRATION: Oliver Weiss

**N**ehmen wir Jorge Villalba, einer von 40 Millionen. Jorge Villalba war Bauarbeiter, aber als im Jahr 2005 der amerikanische Immobilienmarkt ins Wanken geriet, beschloss er, beruflich noch einmal neu zu beginnen. Er dachte, er investiere in seine Zukunft, als er sich für ein Bachelor-Studium in Multimedia, 3D-Animation und Grafikdesign am ITT Technical Institute in Kalifornien einschrieb. Heute weiß er: Die Investition hat sich nicht gelohnt. Der 34-jährige Vater von zwei kleinen Kindern sitzt mit seiner Familie in einer Ein-Zimmer-Wohnung auf einem Berg von Studienkredit-Schulden in Höhe von 158.000 Dollar. Als freiberuflicher Grafikdesigner verdient er 15 Dollar in der Stunde, zu wenig, um in eine größere Wohnung zu ziehen oder die Darlehen zurückzuzahlen. Ein Teufelskreis. „Ich werde 30 bis 40 Jahre brauchen, um das abzubezahlen“, sagte Jorge Villalba kürzlich der „Los Angeles Times“, „es ist eine große Last.“

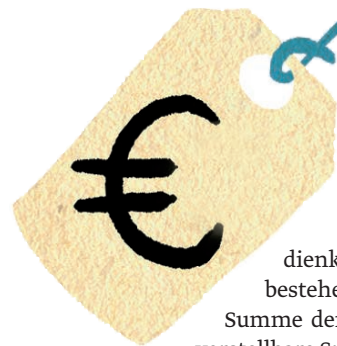
Oder nehmen wir Tiffany Roberson, auch eine von 40 Millionen in den USA, die sich für ein Studium verschuldet haben. Sie arbeitet seit sechs Jahren als Streifenpolizistin in Texas und verdient 38.169 Dollar im Jahr. Nebenbei gibt sie Nachhilfe. Und eigentlich bräuchte sie noch einen dritten Job, um ihre Studienkredit-Schulden von 174.000 Dollar abzahlen zu können. Jeden Monat gehen mehr als 1.000 Dollar von ihrem Gehalt in die Schuldentilgung, viel bleibt danach nicht mehr zum Leben. Tiffany Roberson wohnt nach ihrem Master-Abschluss in „criminal justice“ wieder bei ihren Eltern. Die Hochzeit mit ihrem Freund und die Familiengründung liegen seit Jahren auf Eis. „Die Raten fressen mein Gehalt auf“, sagte sie der Finanznachrichtenagentur „Bloomberg Business“ im vergangenen Jahr. „Der amerikanische Traum geht den Bach runter.“

## Von Geburt an fürs College sparen

Sich für ein Studium zu verschulden, ist in den den USA normal. Nicht normal ist, die Schulden nicht be-

zahlen zu können. Kaum jemand kann die hohen Studiengebühren vom Konto der Eltern oder aus eigenen Ersparnissen bestreiten. Ein Studienjahr an einer privaten Uni kostet im Durchschnitt 31.231 Dollar, an einer staatlichen sind es 9.139 Dollar. Wobei die Spannbreite enorm ist. Eine renommierte staatliche Universität wie die University of Berkeley veranschlagt mehr als 28.000 Dollar im Jahr für Studierende aus dem Bundesstaat Kalifornien; wer von außerhalb kommt, zahlt mehr als 51.000 Dollar. Wohnen, Essen, Bücher, Kleidung kommen noch obendrauf.

**E**twa zwei Drittel aller Studierenden finanzieren sich über Darlehen mit Zinsen, die zum Großteil vom Staat subventioniert werden. Rund 40 Millionen Amerikaner/innen haben „student debt“, jede/r von ihnen durchschnittlich knapp 29.000 Dollar. Eltern fangen oft schon mit der Geburt eines Kindes an, für das College zu sparen. Vor allem Einwanderer/innen geben oft alles für eine gute Ausbildung ihrer Kinder. Denn ohne einen akademischen Abschluss kann man auf dem amerikanischen Arbeitsmarkt nicht viel machen; eine berufliche Ausbildung wie in Deutschland gibt es nicht. Hochschulbildung gilt daher als Muss. Die Gebühren werden als Investition gesehen, die sich durch gut bezahlte Jobs später auszahlt. Diese Rechnung geht so lange auf, wie die Höhe der Studiengebühren in einem rationalen Verhältnis zum späteren Einkommen steht, ein Studium die notwendigen Qualifikationen liefert und die Wirtschaft gut läuft. Doch alle drei Faktoren sind in den USA ins Rutschen geraten. Die Rechnung geht nicht mehr auf. Millionen von Universitäts-Absolvent/innen wie Jorge Villalba oder Tiffany Roberson starten mit hohen Schulden ins Berufsleben, die sie kaum je abbezahlen können, weil sie nur schlecht bezahlte Jobs finden. Die Ausfallrate für Studienkredite liegt mittlerweile bei 13 Prozent, das US-Finanzministerium schätzt sogar, dass etwa ein Drittel aller Darlehen nie voll beglichen werden. Im Gegensatz zu anderen Krediten bleiben Stu-



dienkredite sogar bei Insolvenz bestehen. Insgesamt erreicht die Summe der Darlehen aktuell die unvorstellbare Summe von 1.300 Milliarden Dollar.

Das hat massive Konsequenzen für die Gesellschaft und die Wirtschaft. Denn wer jahrzehntelang seine Studienschulden abbezahlen muss, hat weniger Geld zum Konsumieren, zum Kaufen, zum Kinderkriegen. Eine Reihe von Untersuchungen weist mittlerweile nach, dass die Generation derjenigen, die in den vergangenen zehn Jahren ihren Abschluss gemacht haben, häufiger noch bei den Eltern lebt, später heiratet, später eine Familie gründet, später oder nie ein Haus kauft und weniger Unternehmen gründet. „Der Einfluss auf das zukünftige Wirtschaftswachstum dürfte sehr deutlich sein“, sagt Christian deRitis von der Ratingagentur Moody's. Es werde keinen Crash geben wie beim Platzen der Immobilienblase, es werde „ein lange glimmendes Feuer sein“. Denn die Studienschulden sind nicht allein ein Problem der 25- bis 30-Jährigen: Hunderttausende Amerikaner/innen gehen mit Schulden in die Rente. „Da ist etwas ins Wanken geraten“, bestätigt Nina Lemmens, Leiterin des Büros des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) in New York, „es wird verstärkt die Frage gestellt: Was ist ein Studium noch wert? Lohnt es sich überhaupt zu studieren?“ Das durchschnittliche Einstiegsgehalt eines Bachelor-Absolventen beziehungsweise einer Bachelor-Absolventin betrug im vergangenen Jahr 48.127 Dollar.



Rund 40 Millionen Amerikaner/innen haben Studienkredit-Schulden, durchschnittlich knapp 29.000 Dollar. Eltern fangen oft schon mit der Geburt eines Kindes an, für das College zu sparen«

Es ist nicht so, dass das Problem die Studierenden kalt lässt. 2009 gab es erste Proteste, Studierende an den staatlichen Universitäten demonstrierten gegen die Erhöhung der Gebühren. Auf dem Campus in Berkeley gab es die größte Demonstration seit dem Vietnamkrieg. Drei Jahre später war die hohe Verschuldung von Hochschulabsolventen/innen ein Anliegen der Occupy-Bewegung. In Washington hat die Politik reagiert und eine Reihe von Maßnahmen gegen die hohe Studienverschuldung in Gang gebracht: mehr staatliche Darlehen,

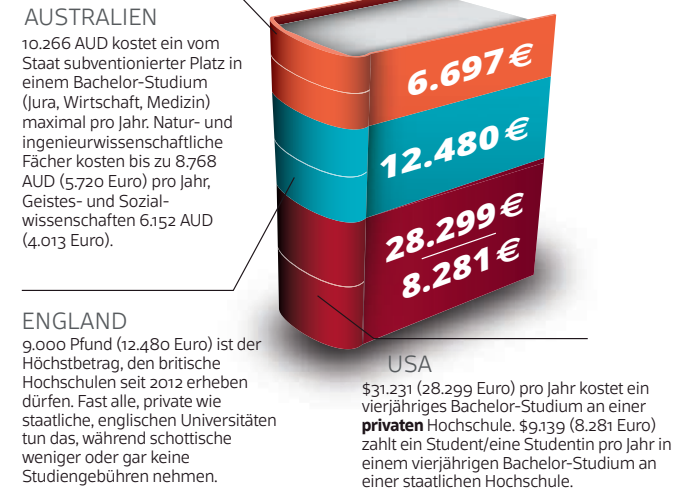
niedrigere Zinsen, mehr Kontrolle, mehr Transparenz. Geholfen hat es noch nicht. Nina Lemmens vom DAAD beobachtet jedoch ein wachsendes Interesse an einem gebührenfreien Studium in Deutschland.

### Bildung als Ware

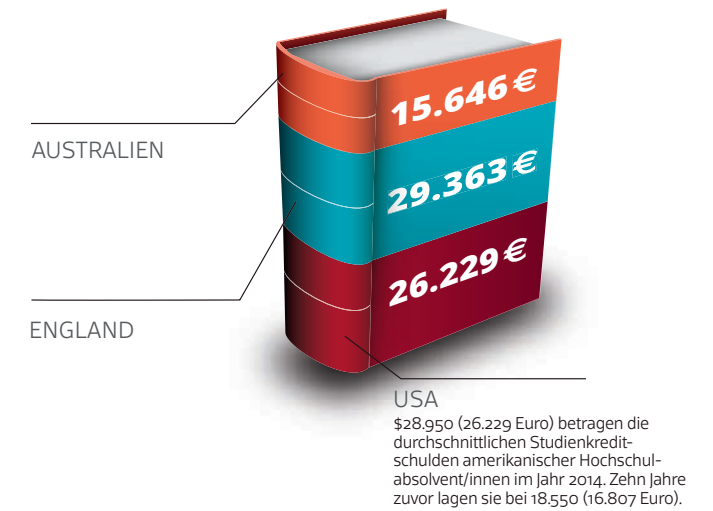
In vielen Ländern der Welt müssen Studierende für ihr Studium Gebühren zahlen und dafür einen Kredit aufnehmen – in Australien, England, Italien, Chile. Die Gründe dafür sind überall ähnlich: Der Staat zieht sich aus der Finanzierung der Hochschulen zurück, Bildung wird als Ware gesehen, ein Hochschulabschluss bedeutet Aufstieg, es gibt hohe Akademisierungsraten und kein Berufsausbildungssystem. Aber in keinem Land ist das Problem der Verschuldung so groß wie in den USA – sowohl was die Zahl der Schuldner/innen betrifft als auch die Höhe der Schulden und die manchmal lebenslangen Folgen. Insofern gilt vieles, was in den USA passiert, als warnendes Beispiel für Länder wie England oder Australien, die ebenfalls ihren staatlichen Universitäten Mittel kürzen und zugleich einen Anstieg der Gebühren in Kauf nehmen – oder, wie im Falle England, wo die Gebührengrenze sogar vom Staat selbst hoch gesetzt wird. So hoch, dass englische Studierende an öffentlichen Universitäten mit 9.000 Pfund, umgerechnet 12.480 Euro, pro Jahr höhere Gebühren zahlen als viele ihrer Kommiliton/innen in den USA und mittlerweile ebenso hoch verschuldet sind wie sie. Die Verschuldung liegt derzeit insgesamt bei mehr als 73 Milliarden Pfund – doppelt so viel wie im Jahr 2010. Doch anders als in den USA müssen Absolvent/innen englischer und auch australischer Universitäten ihre Darlehen erst ab einer gewissen Einkommensgrenze zurückzahlen. Wenn sie in schlecht bezahlten Jobs landen, nimmt der Staat weniger Geld ein. Die Erhöhung der Gebühren fällt somit auf den Staat zurück. Die Jugendarbeitslosigkeit in England ist zwar hoch, aber die Wirtschaft läuft, und Akademiker/innen verdienen gut. Deshalb regt sich derzeit auch kaum Protest. Allerdings schrecken die hohen Gebühren junge Menschen vom Studium ab. 2013, im Jahr nach der Erhöhung, schrieben sich in England 17 Prozent weniger Studierende ein.

Grafik: gkii/graphicriver, Illustration: Oliver Weiss

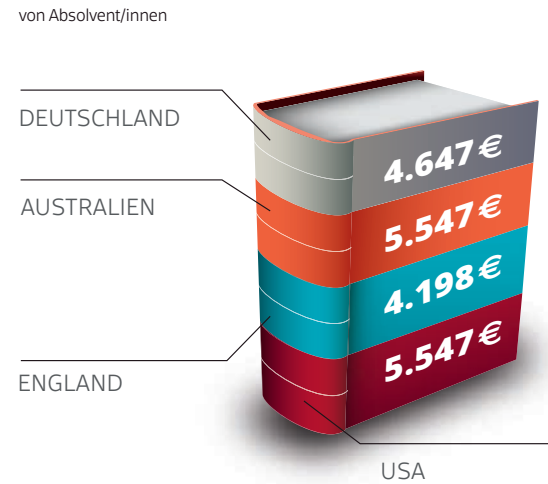
### Studiengebühren pro Jahr



### Studienschulden

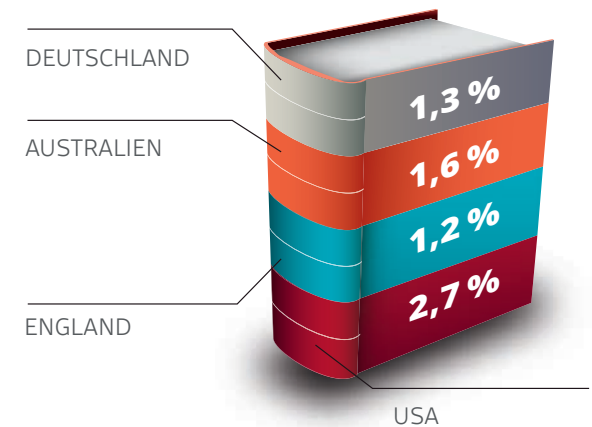


### Monatliches Einkommen von Absolvent/innen

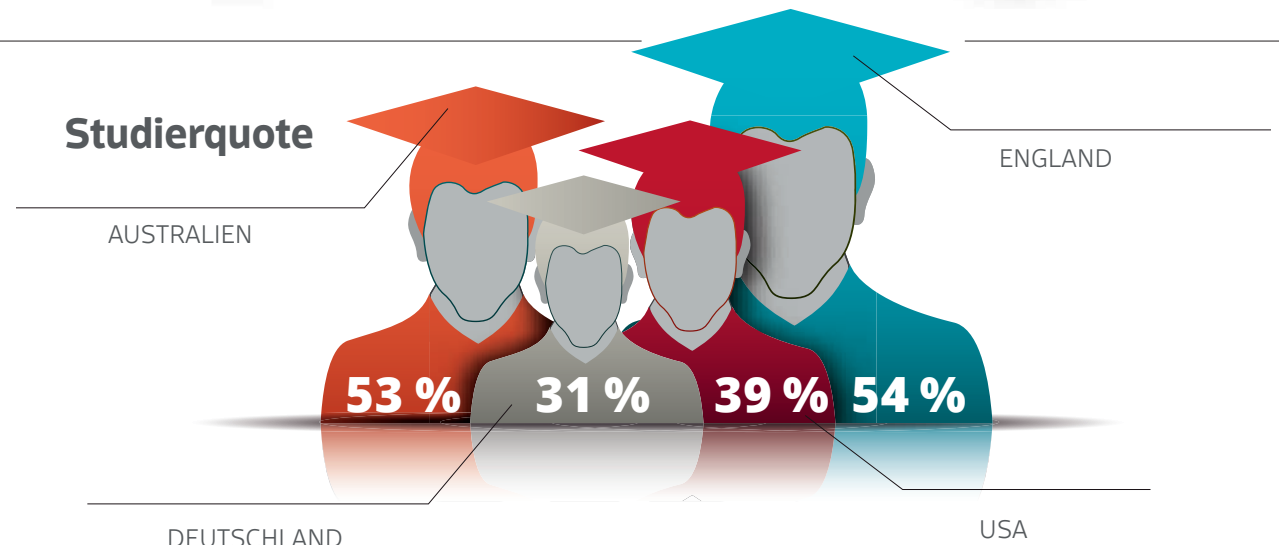


### Staatliche und private Ausgaben für Hochschulbildung

in Prozenten am Bruttonationalprodukt



### Studierquote



Quellen: Collegeboard, Trends in College Pricing, Tuition and Fees 2014-2015; Study Assist by the Australian Government, 2015, The Institute for College Access & Success, 2015, Student Loans Company, 2015, The Australian, OECD – Education at a Glance 2014 (Zahlen von 2011, 2012).



### Studienkreditblase: Die For-Profit-Colleges sind das Problem

In den USA hingegen ist die Nachfrage nach Hochschulbildung trotz hoher Gebühren und hoher Schulden ungebrochen. Ein „degree“ gehört hier zum Leben wie ein eigenes Auto und ein eigenes Haus. Bildung ist in den USA ein Massenmarkt und ein Geschäft; rund 4.000 Hochschulen oder hochschulähnliche Institute werben um die akademische Kundschaft.

Die Studienkreditkrise rührt allerdings - anders als manch einer vermuten mag - nicht von den astronomisch hohen Studiengebühren an Elite-Universitäten wie Harvard oder Stanford her. Diese Universitäten erheben zwar hohe Gebühren, vergeben allerdings auch viele Stipendien, sodass etwa Kinder von Geringverdienern oft gar keine Gebühren zahlen, sollten sie denn angenommen werden. Überdies garantieren diese Elite-Universitäten mit ihrem Namen und der Qualität ihrer Ausbildung beste Jobperspektiven. Hier lohnt sich tatsächlich und nachweislich ein Studium, das allein an Gebühren bis zu 260.000 Dollar kosten kann. Wer den Abschluss einer Elite-Universität vorweisen kann, verdient im Schnitt mindestens ein Drittel mehr als Absolvent/innen anderer Hochschulen. Und hat damit auch keine Probleme, seine Kreditraten schnell und pünktlich zu bedienen. Anders verhält es sich bei staatlichen Universitäten, die ihre Gebühren in den vergangenen Jahren deutlich erhöht haben, weil die Bundesstaaten ihre Zuschüsse reduziert haben. Diese Universitäten sind zwar gut, aber eben nicht Spitze. Ihre Absolvent/innen finden in wirtschaftlich schlechten Zeiten - wie nach der Finanzkrise 2008 - nicht so leicht Jobs, mit denen sie ihre Studenschulden zurückzahlen können.

Den größten Anteil an der Studienkreditblase aber haben nach einer Studie des Brookings Instituts vom September 2015 die For-Profit Colleges, wie etwa das ITT Technical Institute, an dem Jorge Villalba studiert hat. Sie locken vor allem wenig informierte Geringverdiener, Nicht-Akademiker-Kinder und Veteranen, die von der Regierung be-



Bei allem politischen Aktionismus, den die Obama-Regierung in den vergangenen drei Jahren gezeigt hat: Auch er und seine Partei haben ihren Anteil an der hohen Verschuldung«

sonders stark unterstützt werden. Viele dieser For-Profits bieten Studiengänge für Berufe an, in denen sich nicht viel Geld verdienen lässt, wie etwa „criminal justice“, das Fach, das Tiffany Roberson studiert hat. Gefängniswärter oder Gerichtsdienstler kann man damit werden. Die Colleges sind bekannt für eine mindere Studienqualität, die Abbruchquoten sind hoch. Die Absolvent/innen haben hinterher einen nahezu wertlosen Abschluss in der Tasche und finden keinen adäquaten Job. Erst kürzlich meldete Corinthian Colleges, einer der Großen in der Branche, Insolvenz an. Eine Verbraucherorganisation hatte das Unternehmen verklagt, Studierende seien mit falschen Versprechungen angeworben worden. Corinthian hatte in den vergangenen fünf Jahren vier Milliarden Dollar aus staatlich gesicherten Krediten erhalten.

#### Studienkredite als Wahlkampfthema

Mittlerweile macht die US-Regierung Druck auf die kommerziellen Bildungsanbieter. Präsident Barack Obama wollte eine sogenannte Gainful Employment Rate einführen, mit der Colleges nachweisen müssen, dass ihre Absolvent/innen einen Job finden, von dem sie leben und ihre Schulden bezahlen können. Die Initiative scheiterte jedoch an den politischen Lobbygruppen und den Republikanern, die sich für einen freien unregulierten Bildungsmarkt einsetzen. Aber immerhin: Allein die Diskussion um die Tatsache, dass es Colleges im Land gibt, die, mit Steuergeld gepöppelt, schlecht ausgebildete Fachkräfte produzieren, hat das Bewusstsein geschärft. Obama legte dann nach und wollte ein „College Rating“ einführen, eine Kosten-Nutzen-Analyse, die genau abbildet, wie viel der Abschluss einer Hochschule wert ist und ob es sich lohnt, für die Gebühren einen Kredit aufzunehmen. Auch dieser Plan scheiterte. Aber Obama und sein Bildungsminister Arne Duncan, der Ende dieses Jahres abtritt, wollen in der Zeit, die ihnen im Amt noch bleibt, Akzente setzen. Sie wollen nun eine „College Scorecard“ einführen, mit der sich leicht errechnen lässt, mit welchem Studienabschluss zu welchen Gebühren man welches Jahreseinkommen erreichen kann. Das Thema bewegt die Menschen. Die Studenschulden haben den US-Vorwahlkampf erreicht. Die ehemalige Außenministerin Hillary Clinton, die

sich bei den Demokraten als Präsidentschaftskandidatin bewirbt, will die Zinsen auf Darlehen kürzen und Bundesstaaten unterstützen, die mehr Geld in ihre öffentlichen Universitäten investieren, sodass diese die Gebühren senken können. Sie will zudem Obamas Plan umsetzen, alle zweijährigen „community colleges“ kostenfrei zu machen. Der linke Präsidentschaftskandidat Bernie Sanders will sogar gleich alle Studiengebühren abschaffen.

Doch bei allem politischen Aktionismus, den die Obama-Regierung in den vergangenen drei Jahren gezeigt hat: Auch er, seine Partei und andere Regierungen haben ihren Anteil an der hohen Verschuldung. Zum einen, weil viele Bundesstaaten in den vergangenen Jahren ihre Zuschüsse für die öffentlichen Universitäten stark gekürzt haben. Im Gegenzug haben die Universitäten ihre Studiengebühren erhöht. Öffentliche Hochschulen in den USA erhalten heute im Durchschnitt nur noch die Hälfte ihres Etats vom Staat, knapp 43 Prozent der Mittel erwirtschaften sie aus Gebühren.

Zum anderen haben US-Regierungen die staatlich subventionierten Studienkredite seit den 1990er Jahren massiv ausgeweitet. In den USA soll jeder studieren können und praktisch jeder, der studieren will, bekommt dafür Geld. Und wie bei der geplatzten Immobilienblase, die im Jahr 2008 die weltweite Finanzkrise auslöste, wurden Studienkredite recht sorglos und ohne Überprüfung der Colleges vergeben. Auch im laufenden Vorwahlkampf geht es vor allem darum, noch mehr junge Menschen zu einem Studium zu ermuntern und es für jeden erschwinglich zu machen. Die Frage, ob wirklich jeder studieren sollte und ob man studieren muss, um Gefängniswärter zu werden, wird nicht gestellt.

#### DIE AUTORIN

**Marion Schmidt**, Journalistin und Hochschulmanagerin, war Redakteurin bei der „Financial Times Deutschland“ und der „ZEIT“. Sie ist bestens vertraut mit dem amerikanischen Hochschulsystem; 2009 hat sie an der University of Berkeley die große Studentendemonstration gegen die Gebührenerhöhung miterlebt. Heute arbeitet sie bei einem privaten Bildungsunternehmen, zu dem die Hochschule Fresenius gehört



Foto: Kay Herschelmann, privat (Autorin); Illustration: Oliver Weiss



## Mehr gesamtgesellschaftliche Verantwortung, weniger Marktradikalismus

**EIN KOMMENTAR** von Dieter Timmermann, Bildungsökonom und Präsident des Deutschen Studentenwerks

Was lehrt uns die Studienkredit-Krise in den USA? Drei Schlüsse. Die europäische und von den Bologna-Staaten bestätigte Auffassung, dass Hochschulbildung (Bildung überhaupt) eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe in staatlicher Verantwortung ist, ist richtig. Bei der Bildung ist mehr Staat einem Mehr-Markt vorzuziehen. Was für die schulische Bildung fast überall selbstverständlich ist, sollte auch für die hochschulische Bildung gelten. Die USA täte besser daran, ihre Hochschulen direkt zu finanzieren, als Studienkredite zu subventionieren. Wenn der Staat sich aus der Finanzierung der Hochschulen zurückzieht, entsteht der unselige Kreislauf von Studiengebühren, Verschuldung, höheren Studiengebühren, höherer Verschuldung, zum Teil bis in das Rentenalter hinein.

Studiengebühren sind ein untaugliches Mittel, um einer Unterfinanzierung der Hochschulen zu begegnen. Das mussten wir in Deutschland in den vergangenen Jahren lernen. Für eine angemessene Finanzierung der Hochschulen zu sorgen, sollte primäre Aufgabe des Staates sein - nicht der Studierenden.

Deutschland ist mit seinem System der beruflichen beziehungsweise dualen Bildung international insoweit im Vorteil, als sich hierzulande niemand horrend verschulden muss, um einen Beruf zu erlernen. Mehr und mehr Berufe zu akademisieren und die duale Berufsausbildung ausbluten zu lassen, kann für uns keine Option sein. Vielmehr sollten wir die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung nachhaltig erhöhen.

» dieter.timmermann@studentenwerke.de



# FRANKREICH

## HAT EINEN PLAN

**STUDIENDEN-HILFE** In Frankreich ist die soziale Förderung von Studierenden Chefsache. Staatspräsident François Hollande hat einen ehrgeizigen nationalen Aktionsplan auf den Weg gebracht. Eine Analyse.

TEXT: Benjamin Haerdle

Es war für das nationale französische Studentenwerk Centre National des Œuvres Universitaires et Scolaires (CNOUS) ein besonderer Moment: Frankreichs Staatspräsident François Hollande stellte Anfang Oktober 2015 in Paris aus Anlass des 60. Jahrestags der regionalen Studentenwerke den nationalen Aktionsplan „Plan national de vie étudiante“, kurz PNVE, vor. „Der nationale Plan soll das Leben der Studierenden erleichtern“, sagte Frankreichs Staatsoberhaupt. Oberste Priorität sei, die soziale Sicherheit der Studierenden und deren Gesundheitsversorgung zu verbessern. „Die Jugend ist ein Schwerpunkt meiner Amtszeit, ich möchte ein Zeichen für die Studierenden setzen.“ Frankreichs erster Mann im Staat macht damit die Nöte der Studierenden zur Chefsache.

Die Vorarbeit für Hollande leisteten Bildungsministerin Najat Vallaud-Belkacem und der für Hochschulwesen und Forschung zuständige Staatssekretär Thierry Mandon, die 35 Maßnahmen in den Aktionsplan packten. Viele von ihnen sind in der Tat neu, sie müssen erst noch in ein Gesetz gegossen werden; einige wurden bereits im Frühsommer 2015 verabschiedet. Die Vielfalt der Maßnahmen ist groß: Sie reichen von der Studienfinanzierung, über den Wohnungsbau, Online-Beratungsangebote für Studierende und Gesundheitsförderung bis zu Visa-Regelungen für internationale Studierende.

### Die Regierung friert die Einschreibgebühren ein

Ein Dorn im Auge ist Präsident Hollande die hohe Zahl der Studienabbrecher/innen. 20 Prozent der Studierenden geben in Frankreich das Studium auf, weil ihnen während der Ausbildung das Geld ausgeht. „Das

»Die Jugend ist ein Schwerpunkt meiner Amtszeit, ich möchte ein Zeichen für die Studierenden setzen«

Frankreichs Staatspräsident **François Hollande** über den „Plan national de vie étudiante“

ist ein Verlust für die Jugendlichen, für ihre Familien, für die gesamte Nation“, klagte er. Eine solche Selektion sei nicht zu akzeptieren. Deshalb bekommen laut des Aktionsplans PNVE rund 100.000 Studierende, die neben dem Studium arbeiten müssen und weniger als 900 Euro netto im Monat verdienen, ab Januar 2016 eine Aufstockungsprämie in Höhe von vermutlich rund 130 Euro. Zudem soll die Zahl der studentischen Hilfskraftstellen bis zum Studienjahr 2016/2017 auf 30.000 angehoben werden. Hinzu kommt, dass Studierende, die bei einem Arbeitgeber beschäftigt sind, für fünf Tage unbezahlten Urlaub nehmen können, um ihr Examen vorzubereiten. Obendrein kündigte das Bildungsministerium an, für das Studienjahr 2015/16 erstmals die Immatrikulationsgebühren für die öffentlichen Hochschulen nicht zu erhöhen. Sie bleiben konstant bei 184 Euro für den Bachelor, 256 Euro für den Master und 391 Euro für die Promotion.

Der französische Studierendenverband L'Union Nationale des étudiants de France (UNEF) lobt zwar die finanziellen Bemühungen des Staates, doch dessen Anstrengungen reichen noch nicht aus. „Die Studienbeihilfen müssten deutlich angehoben werden“, teilt die UNEF mit. Die Studienbeihilfen, die der Staat - vergleichbar dem deutschen BAföG - an mehr als 660.000 Studierende auszahlt, wurden



zum Studienjahr 2015/16 lediglich um 0,1 Prozent erhöht. Das entspricht der Inflationsrate. Das genügt aber nicht, da die Lebenshaltungskosten seit 2012 um 8,4 Prozent gestiegen seien, moniert die UNEF. Vor allem die hohen Mieten, auch außerhalb des Ballungsraums Paris, belasteten den Geldbeutel der Studierenden. Notwendig sind laut UNEF zudem zusätzlich 100.000 Stipendien, um jungen Menschen ein Studium zu ermöglichen, deren Familien unterdurchschnittlich verdienen. Bislang erhalten in Frankreich rund 670.000 Studierende Unterstützung vom Staat.

#### 40.000 Wohnheimplätze bis 2017

Ganz oben auf der Agenda der französischen Regierung steht auch, die Wohnsituation der Studierenden zu verbessern. Das betonte Präsident Hollande in seiner Pariser Rede gleich mehrfach. Rund 65.000 Studienanfänger mehr als im Vorjahr strömten in diesem Herbst an Frankreichs Universitäten. Insgesamt stieg die Zahl der Studierenden im Vergleich zum Vorjahr von rund 2,47 auf 2,51 Millionen. Viele von ihnen leiden, ähnlich wie ihre Kommiliton/innen in Deutschland, darunter, dass es immer schwerer wird, erschwinglichen Wohnraum zu finden. 165.000 Wohnplätze hat das CNOUS derzeit im Angebot. Doch anders als in Deutschland, wo das Deutsche Studentenwerk den stärkeren Ausbau der Wohnkapazitäten seit Jahren dringend anmahnt, engagiert sich Frankreich mit Verve für den sozialen Wohnungsbau für Studierende. Mehr als 40.000 neue Wohnheimplätze will Frankreichs Regierung deshalb bis zum Jahr 2017 gebaut haben, das kündigte Ex-Präsident Nicolas Sarkozy bereits im Jahr 2012 an. Rund die Hälfte der Wohnungen sollen im Ballungsraum Paris gebaut werden, die anderen vor allem in Großstädten wie Bordeaux, Lyon, Lille, Grenoble, Montpellier und Nizza.

François Hollande hat nun den Fokus auf den Wohnplatzbau nochmals bekräftigt. Bislang seien etwa die Hälfte der 40.000 Unterkünfte errichtet



»Die französischen Studentenwerke bilden das Herzstück des Aktionsplans«

**Guillaume Houzel,**  
Direktor der Dachorganisation CNOUS der französischen Studentenwerke

worden, bilanzierte er. Das präsidiale Engagement beim Bau der Studierendenwohnungen lässt den Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks, Achim Meyer auf der Heyde, neidisch auf die andere Seite des Rheins blicken. »Ein solches Wohnungsbauprogramm stünde auch Deutschland sehr gut zu Gesicht«, sagt er. Während sich die Bundesregierung bei der sozialen Infrastruktur für Studierende mit Ausnahme eines neuen Programms des Bundesbauministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, eher zurückhalte, trete im Nachbarland die Regierung dafür stärker ein. Das sei ein qualitativer Unterschied, sagt Meyer auf der Heyde.

Fortsetzen will Frankreich dem PNVE zufolge auch die staatlichen Bürgschaften. Damit hilft der Staat Studierenden, sollten diese bei Abschlüssen von Mietverträgen in ihrem persönlichen Umfeld keine Bürgen gegenüber potenziellen Vermietern haben. Ein Instrument, das großen Anklang fand. Sprang der Staat im Vorjahr 2014 rund 3.000 Mal ein, waren es 2015 bereits mehr als 7.000 Fälle.

#### Ein Portal, eine Karte

Doch der PNVE zielt nicht nur darauf ab, die finanzielle Lage und die Wohnsituation der Studierenden zu verbessern, er soll auch deren Alltag erleichtern. So soll ab Januar 2016 die Internetseite [www.etudiant.gouv.fr](http://www.etudiant.gouv.fr) zum Informationsportal für Studierende ausgebaut werden, die dort sämtliche Informationen zum Thema Studienfinanzierung, Wohnungssuche, Job- und Praktikaangebote sowie kulturelle und sportliche Aktivitäten in ihren Universitätsstädten abrufen können. Zwar gibt es die Internetseite schon jetzt, sie soll aber professionalisiert werden, sodass sich Studierende dort mit persönlichem Login gezielter informieren können. Auf den neuesten Stand bringen will die Regierung auch den Studierendenanweis. Dieser soll ab dem kommenden Jahr zur Multifunktionskarte ausgebaut werden, die nicht nur das Bezahlen des Mensaessens leisten, sondern zugleich auch den Zugang

zu Universität, Bibliotheken und Wohnheimen ermöglichen soll. Zudem sollen Bibliotheken an den Wochenenden und an den Abenden länger geöffnet haben. Und auch in Sachen Gesundheit soll sich mehr tun: Die Zahl der universitären Gesundheitszentren soll sich bis 2017 von 20 auf 30 erhöhen, die Vorsorgeangebote sollen verbessert und der Ausbau der psychosozialen Beratung angegangen werden.

Auch für Bildungshungrige aus dem Ausland will die französische Regierung mehr tun. Rund 290.000 internationale Studierende sind bislang an den Hochschulen eingeschrieben. Bis zum Wintersemester 2016/2017 sollen in den Departements zentrale Anlaufstellen für ausländische Studierende aufgebaut werden. Sie sollen es Erstsemestern ermöglichen, lästige Verwaltungspflichten wie Versicherung, Wohngeld, Kontoeröffnung oder Semesterticket zentral zu erledigen. Zudem soll das Aufenthaltsrecht für ausländische Studierende weiter vereinfacht werden. Ein Gesetzentwurf sieht unter anderem vor, dass auch Bachelor-Studierende eine Aufenthaltsgenehmigung für die Dauer ihres Studiums erhalten sollen. Das war bisher nur Master und Doktoranden möglich. Zudem soll es nach dem Studium möglich sein, weitere zwölf Monate in Frankreich zu bleiben, um den Berufseinstieg zu schaffen. Oberdrein sollen Visa-Anträge von Studierenden schneller bearbeitet und nur noch mit Begründung abgewiesen werden können.

#### Finanzierung offen

Studierenden-Organisationen wie der Dachverband Fédération des associations générales étudiantes (FAGE) nahmen die Regierungspläne mit gemischten Gefühlen auf. FAGE-Vorsitzender Alexandre Leroy sagte, der PNVE sei an sich eine gute Sache, denn er ziele darauf, das Leben für Studierende zu erleichtern. Allerdings erwarte man, dass in dem Kontext auch die Budgets der Hochschulen erhöht werden. Lob gab es aus den Reihen der Studierendenverbände für die Möglichkeit, eine

Foto: Université Paris Diderot, privat (Autor)

Auszeit während des Studiums von bis zu einem Jahr nehmen zu können. Das könnte es Studierenden, während des Studiums erleichtern, sich gesellschaftlich, etwa in Form von Praktika, zu engagieren.

Die Studentenwerke selbst sind von dem Plan mehr als angetan: »Das ist eine sehr gute Nachricht für die französischen Studentenwerke; sie bilden das Herzstück des Aktionsplans«, freut sich Guillaume Houzel, der Direktor des Dachverbands CNOUS. »Gemeinsam mit den Hochschulen sind sie nun gefordert, den Plan umzusetzen, um das studentische Leben auf dem Campus zu verbessern.«

Die französischen Studierenden-Verbände haben gemischte Gefühle. Auch die Studienbeihilfe, das französische Pendant zum BAföG, müsse stärker erhöht werden, und auch die Mittel für die Hochschulen, fordern sie.

Spannend bleibt es nach Meinung der Studierenden hingegen, zu beobachten, wie Frankreichs Regierung die Maßnahmen des PNVE auf Dauer finanzieren will. Denn in der Tat nennt der Aktionsplan nicht, was die einzelnen Maßnahmen kosten und wie sie finanziert werden sollen. Aber immerhin: Das französische Ministerium für Hochschulwesen erhält für 2016 23,25 Milliarden Euro – und damit 347 Millionen Euro mehr als im Jahr zuvor. Das wirkt sich auch auf den Posten staatliche Beihilfen und studentisches Leben aus, dessen Budget um 2,4 Prozent – und damit um 36 Millionen Euro auf 2,54 Milliarden Euro – erhöht wird. Davon wird dann auch der Aktionsplan PNVE profitieren. »Frankreich setzt sehr stark auf die soziale Infrastruktur rund ums Studium und will die Bildungsbeteiligung verbessern«, lobt der Generalsekretär Meyer auf der Heyde des Deutschen Studentenwerks. Das sei eine ziemliche Kraftanstrengung, die in Europa ihresgleichen suche.



DER AUTOR  
**Benjamin Haerdle** ist freier Journalist, schreibt von Leipzig aus regelmäßig für die duz - Deutsche Universitätszeitung über hochschul- und wissenschaftspolitische Themen

# SCHÖNER ESSEN

**MENSA HEUTE** Die Hochschulgastronomie der Studentenwerke kann sich sehen lassen. Drei Nahaufnahmen von Mensen mit außergewöhnlichem Konzept: die Mensa Carl-Zeiss-Promenade in Jena, die neue Mensa in Bielefeld und die Veggie No 1-Mensa in Berlin.

TEXT: Heike Hucht FOTOS: Kay Herschelmann



**Mensa Carl-Zeiss-Promenade** Bereits seit 30 Jahren ist Kathrin Brettschneider (Seite 22/23) in der Gemeinschaftsverpflegung aktiv – sowohl hinter den Kulissen in der Küche als auch am Ausgabeschalter. Es macht die Thüringerin stolz, dass hier vieles noch hausgemacht wird – von den Kartoffelpuffern bis zum Braten. Das schmeckt den Studierenden und den Bediensteten der Hochschule genauso wie den Beschäftigten der umliegenden Jenaer Unternehmen.

»Die Mosaik  
von Lothar  
Zitzmann  
schlagen  
künstlerisch  
eine Brücke  
von der Ver-  
gangenheit in  
die Gegen-  
wart«

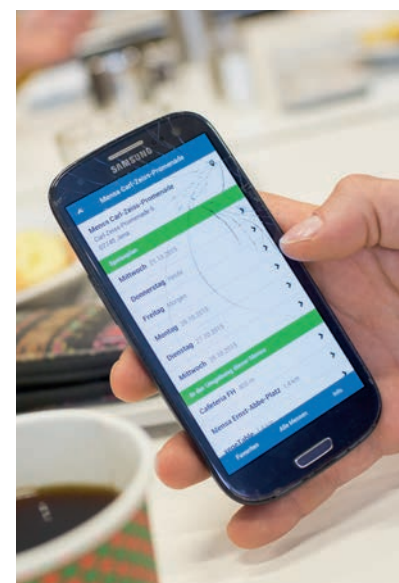
**H**underttausend Mosaiksteine, angeordnet zu mannshohen Szenen aus der Arbeitswelt, aus Sport und Freizeit: Frauen und Männer in Arbeitskitteln, beim Rudern und Tanzen, spielende Kinder. Dieses Kunstwerk ist beim besten Willen nicht zu übersehen – auch wenn zuerst die senf- und sonnengelben Stuhlreihen in der Jenaer Mensa Carl-Zeiss-Promenade ins Auge fallen. Genau genommen sind es sogar zwei Wandmosaik, die sich nahezu über die komplette Längsseite des Speisesaals erstrecken. Während „Freude und Frohsinn“ den vorderen Bereich bis zum Eingang schmückt, schaut man im hinteren auf die „Technische Revolution“. Geschaffen hat sie vor mehr als 30 Jahren der Jenaer Künstler und Kunstprofessor Lothar Zitzmann für die Betriebsgaststätte der Carl-Zeiss-Werke. Seit dem Umbau der Kantine 2006 zur Mensa erinnern die beiden als raumgreifende und unter Denkmalschutz stehende Zeitzeugen an die Geschichte des Gebäudes, harmonisch eingebettet in eine moderne karminrote Wandverkleidung.

Die omnipräsenten Mosaik schlagen aber nicht nur künstlerisch eine Brücke zwischen Vergangenheit und Zukunft, sie verweisen ebenso auf die Doppelfunktion des Betriebs als Mensa und „Zeissianer-Kantine“. Ein Spagat zwischen zwei Zielgruppen, dem auch das Angebot gerecht werden muss. „Viele Angestellte und Arbeiter aus den umliegenden Firmen bevorzugen reich- und fleischhaltige Hausmannskost. Studierende mögen es dagegen gern abwechslungsreicher“, berichtet Kathrin Brettschneider. Die 47-jährige Köchin hat im September ihr 30-jähriges Dienstjubiläum gefeiert, sie ist sowohl hinter den Kulissen in der Küche als auch bei der Speisenausgabe im Einsatz. „Wir können beides gut“, ist sie sich sicher: lokal und international, Fleischliebhaber/innen und Vegetarier/innen glücklich machen. Die Rennerliste wird von Pasta angeführt, allen voran Spaghetti Bolognese. Weitere Lieblingsgerichte sind zum Beispiel Kohlrouladen, Soljanka und die thüringische Version des Jägerschnitzels, eine panierte Jagdwurstscheibe, zählt die Köchin auf.

Mindestens ein Essen ist jeden Tag vegetarisch, dreimal in der Woche gibt es ein veganes Gericht. Dazu kommt die besonders leichte und vitaminschonend zubereitete Menülinie, „mensaVital“. Mittlerweile als Label bundesweit eingeführt, war das Studentenwerk Thüringen an der Entwicklung der Menülinie beteiligt. Diese Woche steht erstmals unter dem Motto „Regional“. Der heutige Speiseplan lockt unter anderem mit gefülltem Putenrollbraten, Vegetarier kommen mit einer Krautpfanne auf ihre Kosten. Dank Free-Flow-System können alle Ausgaben frei angesteuert werden. Jedes der vier bis fünf Tagesgerichte wird von einem Bildschirm über den Theken ausgelobt – auf Deutsch und Englisch. Salate und Desserts sind als Selbstbedienungsbuffet zusammengefasst. Für das günstigste Gericht zahlen Studierende 1,50 Euro, das teuerste kostet höchstens 4 Euro. Die Preisskala für Mitarbeiter/innen der umliegenden Firmen beginnt bei 3,20 Euro und schraubt sich hoch bis 5,70 Euro, externe Gäste zahlen zwischen 4,60 und 7,10 Euro. Täglich um 11.00 Uhr löst das Mittagsangebot die Frühstücksangebote ab. Bereits ab 7.00 Uhr kann man seinen frühen Hunger stillen, neben belegten Brötchen mit warmen Sattmachern wie Eierspeisen und Bratwürsten.

Durchschnittlich 2.200 Gäste bedienen die Mitarbeiter/innen an jedem der fünf Öffnungstage in der Mensa Carl-Zeiss-Promenade. Das heißt, jeder der rund 680 Plätze ist mindestens dreimal belegt. Gut 40 davon gehören zur mittig im Raum verankerten Kaffeebar. Auf einem Podest thronend, wird die prominente Platzierung der Fläche zusätzlich betont. Statt an meterlangen Tischreihen sitzt man hier an kleinen runden oder eckigen Tischen – sehen und gesehen werden, mittendrin und doch ganz gemütlich. Die Rückwand des erhöhten Bereichs dient gleichzeitig als Raumtrenner. So können die beiden fast komplett von Glasfronten eingefassten Speisesäle auch unabhängig voneinander genutzt werden können, zum Beispiel für Veranstaltungen.

Fotos: Kay Herschelmann



**Mensa im Gebäude X** Ob vital, vegetarisch, saisonal oder exotisch – in Bielefelds neuer Mensa ist für jeden Geschmack etwas dabei. Bis zu 7.000 Gäste versorgen Christian Althenhöner und sein fast 100-köpfiges Team täglich. Was auf dem Speiseplan steht, zeigen die Bildschirme über den fast 20 Ausgabetheken an. Das Angebot von Mensa und benachbarter Cafeteria lässt sich auch über die kostenlose Mensa-App aufrufen.

Die Hände in den Hüften, der Blick taxierend: Konzentriert beobachtet Christian Althenhöner, wie das Angebot heute ankommt. Ob alles rund läuft oder etwas hakt. Nicht nur durch seine Körpergröße, auch mit seiner schwarzen Kochuniform und der weißen Mütze ragt der 37-jährige Küchenleiter zwischen den Gästen der neuen Bielefelder Mensa heraus. „Für einen Freitag sind wir hervorragend besucht“, stellt er zufrieden fest. Schon wenige Minuten nach Öffnung um 11.30 Uhr füllen sich Teller und Tablets an den knapp 20 Essenstheken. Einige Schnellentschlösser steuern bereits auf die Kassen zu, von den zwölf Kassen sind heute acht besetzt.

Der erste Ansturm: Bevor die beiden Eingangstüren am rechten und linken Ende des Raums pünktlich abgeschlossen wurden, hatten sich davor bereits gut fünf Meter lange Warteschlangen gebildet. „An unseren stärksten Tagen, meist mittwochs und donnerstags, sind das sogar locker zehn Meter“, berichtet Althenhöner. Bis zu 7.000 Mahlzeiten werden dann in den drei Stunden bis 14.30 Uhr ausgegeben. Ohne ausgeklügeltes Free-Flow-System wäre das kaum zu bewältigen, ein so breitgefächertes Angebot undenkbar. Gleich mehrere Aktionsgerichte und Selbstbedienungsbuffets von Beilagen über Salate bis zu Desserts ergänzen die verschiedenen Menülinien. Um Engpässe und lange Wartezeiten zu vermeiden, sind Küchen- und Ausgabebereich über Pager miteinander verbunden. Hochflexibel und schlagkräftig zugleich: „Selbst bei großem Andrang gelingt es uns, in einer Viertelstunde bis zu 750 Gäste zu bedienen“, sagt der Küchenleiter stolz.

Trotz der beachtlichen Auswahl fällt es leicht, sich zu orientieren. Dafür sorgt zum einen das Farbleitsystem. Neun Farben führen online wie offline sowie auf den Bildschirmen an den Eingängen und über den Countern durch das kulinarische Programm. Zum Beispiel ist dem „mensaVital“-Gericht ein helles Grün zugeordnet, Rot steht für Aktionen und Hellblau für Des-

serts. Zum anderen ist die Anordnung der Theken – und damit auch das Angebot auf der rechten und linken Seite des langgezogenen Raums – fast spiegelgleich – wie um die Mittelachse geklappt. Buchstäblich zentral im Raum sind der Pasta- und Aktionscounter sowie die Eintopf Ausgabe.

„Die Doppelung ist vor allem der Tatsache zu verdanken, dass wir hier nicht nur die Studierenden der Universität versorgen, sondern auch die der erst kürzlich auf den Campus gezogenen Fachhochschule“, sagt Annette Vormbrock-Reinert vom Studierendenwerk Bielefeld. Deshalb gibt es auch zwei Eingänge, jeweils einer der beiden Hochschulen zugewandt. Ähnlich einer Hauptverkehrsader zieht sich eine „Magistrale“ längs durch den im Juli 2014 bezogenen Neubau, der die Universität als Gebäude X erweitert. So führt sie auch zu beiden Mensaeingängen, den Speisesälen und der Cafeteria. Die drei Speisesäle eingerechnet, misst die Mensa rund 3.600 Quadratmeter, damit nimmt sie fast zwei Drittel der Erdgeschossfläche ein. In den voneinander abtrennbaren Sälen verteilen sich insgesamt 1.900 Sitzplätze. Mobile Hochsitze und -stühle fassen die langen Sitzreihen ein; Grasgrün setzt satte Farbtupfer, wo ansonsten Weiß und Grau dominieren.

Obwohl fast alle Plätze besetzt sind, überall Besteck klappert, erzählt und gelacht wird, ist es viel ruhiger als erwartet. Fast so, als hätte man in einem Bienenstock die Lautstärke heruntergeregelt. „Das liegt an den Akustikbaffeln, die von der Decke hängen“, klärt Vormbrock-Reinert auf. Die beschichteten Mineralwollplatten dämpfen den Schall und sorgen so für eine angenehme Geräuschkulisse. Übrigens auch in der Cafeteria nebenan, die bereits morgens um 8.00 Uhr öffnet und erst um 18.00 Uhr schließt. Wer Espresso aus der Siebträgermaschine Kaffeespezialitäten aus dem Vollautomaten vorzieht, der wird eine Etage höher fündig. Die Kaffeebar „insgrüne“ ist zwischen 9.00 und 17.00 Uhr besetzt, Snacks und Kuchen ergänzen das heiße und kalte Getränkeangebot.



Fotos: Kay Herschelmann

»Neun Farben führen die Gäste online wie offline durch das Angebot«

**Veggie No 1** In der ersten rein vegetarischen Mensa Deutschlands sorgen 24 Mitarbeiter/innen dafür, dass alles rund läuft. Ab 6.30 Uhr in der Frühe wird geschneidelt, gebrutzelt und gerührt, damit pünktlich um 11 Uhr die Ausgabe starten kann. Kirsten Heppler ist für die Hauptgerichte verantwortlich. Am besten gefällt der Köchin, dass die fleischlose Küche so viele Möglichkeiten zum Ausprobieren und Experimentieren bietet.

Nach Verzicht sieht das ganz und gar nicht aus. Im Gegenteil, in der Veggie No 1, der ersten rein vegetarischen Mensa Deutschlands, wird aus dem Vollen geschöpft. Das Aktionsangebot mitgezählt, gibt es heute fünf Gerichte. Flankiert werden sie von Spinatcremesuppe, rotem Linsensalat mit Hüttenkäse als Vorspeise und fünf Beilagen. Die runde Theke mit den hausgemachten Salaten ist genauso üppig gefüllt wie die Dessertgläser appetitlich dekoriert sind. Auf den Tablett duften Borschtsch und Möhrencurry um die Wette, die Suppe leuchtet in Kardinalrot und das asiatisch inspirierte Gemüsegericht in kräftigem Goldorange. Langweilig und eintönig? Das hartnäckige Klischee über vegetarische Kost wird hier schnell entkräftet.

„Unser Angebot beweist, dass fleischlos zu kochen sehr wohl abwechslungsreich und raffiniert sein kann“, sagt Kirsten Heppler. Die 38-jährige Köchin ist seit fünf Jahren Teil des 24-köpfigen Teams und verantwortlich für die Hauptgerichte. Obwohl sie selbst keine Vegetarierin ist, findet sie das konsequent fleischlose Konzept richtig und wichtig. Dass es vielen Studierenden und Universitätsbediensteten ähnlich geht, belegt allein die Frequenz. Von 400 bis 600 Gästen am Tag war das Studentenwerk Berlin erst im Pilotbetrieb auf dem Zehlendorfer Campus der Freien Universität Berlin ausgegangen. Zu konservativ kalkuliert, stellte sich bereits wenige Monate nach der Eröffnung im Januar 2010 heraus. Mittlerweile werden zwischen 11.00 und 14.30 Uhr rund 1.000 Essen ausgegeben, an Spitzentagen sogar bis zu 1.500.

Das sei nicht nur logistisch eine ziemliche Herausforderung, so Mensaleiterin Eva Maria Grundmann. Schließlich gibt es gerade einmal 200 Sitzplätze, weitere 150 auf der Terrasse. Mit einer größeren Gruppe nach 12.00 Uhr gemeinsam am Tisch sitzen – dafür braucht es schon etwas Glück. Am häufigsten sieht man Zweier- und Dreigrüppchen, weibliche Gäste sind leicht in der Überzahl. Wer in dem großen, lichtdurchfluteten Raum mit der fast bodentiefer Fensterfront keinen freien Stuhl findet, kann in den parallel verlaufenden Gang ausweichen. Er mündet in ein kleines blassorange getünchtes Zimmer mit rund 20 Sitzgelegenheiten. Gemütlich ist das hier.

Ein oberflächlicher Tablettcheck verrät: Am besten laufen heute offenbar die vegetarischen Maultaschen und das Sojagulasch mit Champignons. Ein Baumlogo auf dem Speiseplan und der Auslobung am Ausgabeschalter kennzeichnet das Gulasch als Klimaessen. Zusätzlich verweist ein Kreissymbol mit Ähre darauf, dass alle Zutaten vegan sind. Damit hat sich dieses Angebot ein grünes Ampelsignal verdient. Es bedeutet laut Legende „Die beste Wahl! Je öfter, desto besser!“. Mit Gelb – „Eine gute Wahl! Immer mal wieder!“ wurden heute die Maultaschen bewertet, gleiches gilt für Spinatcremesuppe und Penne, Champignonreis und Krokanpudding. Die Ernährungsmappe soll Mensagästen helfen, ihr Essverhalten bewusster wahrzunehmen und einfacher zu steuern. Ein weiteres Symbol weist Bio-Qualität aus.

„Mehr als die Hälfte unserer Zutaten kaufen wir als Bio-Ware ein“, erzählt Grundmann. Das betrifft vor allem Beilagen und Frischobst wie Bananen, aber auch Kräuter – ein wichtiges Würzmittel in der fleischlosen Küche. Kreativ würzen, saisonale Lebensmittel mit appetitlichen Farben und Rezepturen, die für viel Abwechslung sorgen: Nur so seien die anspruchsvollen Mensagäste von heute zu begeistern. Inzwischen kann das Team aus einem Pool von rund 4.000 Rezepturen schöpfen, gespeichert in der zentralen Rezeptdatenbank des Studentenwerks Berlin. Besonders stolz ist das Veggie No 1-Team auf seine große Salatauswahl. „Dafür bekommen wir viele Komplimente“, berichtet Kirsten Heppler. Zu den beliebtesten warmen Gerichten zählen neben Aufläufen und vegetarischen Bratwürsten Klassiker aus dem Mittelmeerraum: Cannelloni, Falafel und Gyros aus Sojastreifen. Generell steige vor allem die Nachfrage nach veganen Optionen, beobachtet Grundmann. Etwa 30 Prozent aller verkauften Speisen sind bereits vegan.



**DIE AUTORIN**  
**Heike Hucht** arbeitet als freie Journalistin in Münster. Seit mehr als zehn Jahren berichtet sie über Genuss und Gastronomie, Design und Architektur



**DER FOTOGRAF**  
**Kay Herschelmann** ist freier Fotograf in Berlin. Er hat bei dieser Reportage die Mensa für sich neu entdeckt

Fotos: Kay Herschelmann



# Der oberste Evaluator

**EXZELLENZINITIATIVE** Die deutsche Wissenschaft blickt derzeit wie gebannt auf einen Mann: Dieter Imboden, 72, Schweizer Umweltphysiker, Wissenschaftsmanager - und Vorsitzender der Expertenkommission, die die Exzellenzinitiative evaluiert. Ein Porträt.

**TEXT:** Karl-Heinz Reith **FOTO:** Adrian Baer

In der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern (GWK) weiß heute niemand mehr, wer Imbodens Namen zuerst ins Gespräch gebracht hat, als es um den Vorsitz der Expertenkommission zur Evaluierung der jetzt seit fast zehn Jahren laufenden Exzellenzinitiative ging. Vielleicht wollen sich Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) und die 16 Länder-Wissenschaftsminister auch nicht daran erinnern - damit auf Imboden nicht der geringste Anschein der Affinität zu einer der beteiligten politischen Parteien fällt.

Dabei geht es bei der geplanten Fortführung der Exzellenzinitiative zur Förderung der Spitzenforschung an deutschen Universitäten weniger um Parteipolitik, sondern mehr um die unterschiedlichen Interessen von Bund und Ländern - und der 16 Länder untereinander. 4,6 Milliarden Euro flossen seit 2006 mit der noch von Ex-Bundesforschungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) angestoßenen Exzellenzinitiative zusätzlich in die deutsche Hochschulforschung. Trotz der zum Teil konträren Vorstellungen über die Fortführung der Initiative ist sich die ‚Szene‘ in einem Punkt völlig einig: Das zu-



sätzliche Geld - in Aussicht stehen bis 2027 weitere vier Milliarden Euro - soll auf jeden Fall „im System“ verbleiben. Über Inhalte und Änderungen des Förderprogramms wird von der Politik abschließend aber erst dann entschieden, wenn die Kommission unter Imbodens Leitung im Januar 2016 ihren mit Spannung erwarteten Bericht vorgelegt hat. Zu möglichen Empfehlungen oder zu Erkenntnissen aus den vielen Gesprächen, die die Kommission bisher schon führte, sagt Imboden vorab nichts. Die Szene ist gespannt, die Wissenschaftspolitik nicht minder.

An der fachlichen Reputation Imbodens für diesen Job äußert niemand Zweifel. Von 2005 bis 2012 war der Wissenschaftler Präsident des Schweizerischen Nationalfonds. Seit Anfang 2013 ist er Aufsichtsratschef des österreichischen Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF). Beide Organisationen nehmen in den Nachbarländern in etwa ähnliche Aufgaben wahr wie hierzulande die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG). Mehrere Jahre lang war Imboden zudem Leiter eines informellen Verbunds europäischer Wissenschaftsorganisationen.

„Ich fühlte mich gleichermaßen geehrt und überrascht“, beschrieb Imboden die Situation, als ihm im Frühjahr 2014 die Leitung der Evaluierungskommission angetragen wurde. GWK-Generalsekretär Hans-Gerhard Husung war eigens dafür nach Basel gereist. Im ehrwürdigen Hotel Euler am Bahnhofplatz und beim Essen im Restaurant Caspar's wurden dann die Einzelheiten des Auftrags besprochen.

Auf die Frage, wie man denn ausgerechnet auf ihn als Kommissionsleiter gekommen sei, zuckt Imboden die Achseln. „Man hatte mich häufiger zu internen Fachtagungen eingeladen, auch Kritisches zur Exzellenzinitiative zu sagen. Meine Reden hatten offenbar ‚hohen Unterhaltungswert‘ - und bei einigen galt ich vielleicht auch als eine Art ‚Hofclown‘ aus dem Nachbarland“, resümiert Imboden lachend. Dass ihm beispielsweise der Darmstädter Eliteforscher Michael Hartmann vorhält, nicht er-

»Die Politik muss entscheiden: Wollen wir Spitzenuniversitäten oder nicht. Aus den Gestaltungsdetails sollte sie sich völlig heraushalten«

Dieter Imboden

gebnisoffen an die Evaluation zu gehen, weil er bereits im Vorfeld die Exzellenzinitiative als „Leuchtturm in der Wissenschaftsgeschichte der letzten zehn Jahre“ bezeichnet hatte, ficht Imboden nicht an. „Meine grundsätzliche positive Einstellung zur Exzellenzinitiative war von Anfang an bekannt. Über Licht und Schatten, über Gelungenes und Nicht-gelungenes müssen wir aber reden.“

Der erfahrene Wissenschaftsmanager Imboden bekennt sich klar zum Entscheidungsprimat der Politik. „Die Politik muss im Grundsatz entscheiden: Wollen wir Spitzenuniversitäten oder nicht - und dann muss sie aber auch die Investitionen dafür letztendlich rechtfertigen. Aus den Gestaltungsdetails, da sollte sich die Politik dagegen nach Möglichkeit aber völlig heraushalten“ mahnt Imboden. „Wir als Wissenschaftler können uns aber nicht grundsätzlich außerhalb des Staatsgefüges stellen.“ Doch was hat ihn selbst geprägt, was treibt ihn an?

Als zweites von insgesamt fünf Geschwistern wuchs Imboden in einem akademisch geprägten, gutbürgerlichen Elternhaus in Zürich auf - „wohl behütet“, wie er heute sagt. „Angesichts meiner vielen Brüder und Schwestern lernte ich, laut und schnell zu sprechen, mich durchzusetzen“, berichtet er. Der Vater, Max Imboden, war habilitierter Jurist, die Großmutter eine der ersten Kinderärztinnen der Schweiz, der Großvater Psychiater.

Als er dann im Alter von zehn Jahren mit den Eltern von Zürich nach Basel überwechselte, habe er das anfangs wie einen „Kulturschock“ erlebt, berichtet Imboden. Der Vater wurde dort Ordinarius für Staatsrecht, später Rektor der Universität Basel.

„Ich wollte nicht dort studieren, wo mein Vater Rektor war. Und in die USA habe ich mich nicht getraut“ so Imboden. Mit 19 ging es dann an die FU Berlin, wo Imboden 1962 das Studium der theoretischen Physik aufnahm. Imboden erinnert sich an eine von der heutigen Zeit sehr unterschiedliche Studentenszene: „Gewohnt habe ich im Studentenwohnheim Schlachtensee. Männlein und Weiblein wohnten in getrennten Häusern. Wir junge Männer trugen meist Schlips und Kragen - und haben uns untereinander auch weitgehend gesiezt.“ Die in Berlin wie Basel heftigen 1968-er-Jahre gingen an

Imboden nahezu spurlos vorbei. „Während viele Freunde von mir in jenen Monaten revolutionären Idealen nachliefen, habe ich 1968 geheiratet“ - eine Frau, die Imboden schon seit seiner Schulzeit kannte und mit der er auch heute noch zusammen lebt. „Ich habe mit ihr Physik geübt, sie hat mir das Tanzen beigebracht“, berichtet Imboden. „Nein, ich hatte keine ‚politischen Ausschläge‘ in meinem Leben“, sagt Imboden heute mit Blick auf die damaligen Unruhen, die in ganz Europa die Universitäten erfassten. 1971 promovierte Imboden in Basel mit einer Arbeit aus der theoretischen Festkörperphysik.

Doch Imboden war kein unpolitischer Mensch - und dann kam plötzlich auch das „grüne Thema“ hinzu. Schon die ersten Bestrebungen in dem bereits 1968 gegründeten „Clube of Rome“ faszinierten den jungen Imboden. Als dann 1972 der erste Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ erschien, war für den jungen Nachwuchswissenschaftler klar: Hier muss noch viel mehr geschehen.

„Ich ging zu Werner Stumm, einem Schweizer Chemiker an der ETH Zürich, bekannt für seine Beiträge zur Chemie des Wassers. Ich platzte unangemeldet in sein Büro. Wir kamen dennoch ins Gespräch, und er griff meine Gedanken auf. So entstand eine neue, interdisziplinäre Arbeitsgruppe zur Ozeanografie.“

Rückblickend meint Imboden: „Man kann sein Leben nicht exakt planen, ob man zum Beispiel Papst werden will, oder Professor. Aber man muss lernen, Gelegenheiten zu erkennen, diese dann bei Schopfe zu fassen. Das ist meine Grundphilosophie.“

Das Wasser sollte für den Wissenschaftler Imboden auch bei seiner weiteren wissenschaftlichen Karriere bestimmend sein. „Ich bin am Zürichsee groß geworden. Das Wasser war einfach da - und hat mich nicht mehr losgelassen.“

Immer wieder beschäftigte sich Imboden mit der Chemie und Physik von Seen und Gewässern, vor allem der großen Seen wie dem Baikal-See und dem Kaspischen Meer. Schon 1986 erhielt er einen Ruf nach Heidelberg. 1988 wurde er ordentlicher Professor für Umweltphysik an der Eidgenössischen

Foto: privat (Autor)

#### ZUR PERSON

**DIETER M. IMBODEN**, geboren am 22. August 1943 in Zürich, studierte theoretische Physik in Berlin und Basel, wo er 1971 promovierte. Vater Max Imboden (1915-1969) war ein einflussreicher Jurist und Publizist, in den 1960er Jahren Rektor der Universität Basel und saß für die FDP im Schweizer Parlament, dem Nationalrat. Dieter Imboden habilitierte sich 1972 an der ETH Zürich. Von 2005 bis 2012 war er Präsident des Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses (SNF). Von 1992 bis 1996 leitete er das Departement für Umweltwissenschaften an der ETH Zürich. Imboden forschte an der Eidgenössischen Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz (EAWAG) sowie an der „Scripps Institution of Oceanography“ in Kalifornien.

Technischen Hochschule (ETH) Zürich. Imboden: „Das war die einzige Bewerbung, die ich in meinem Leben geschrieben habe.“

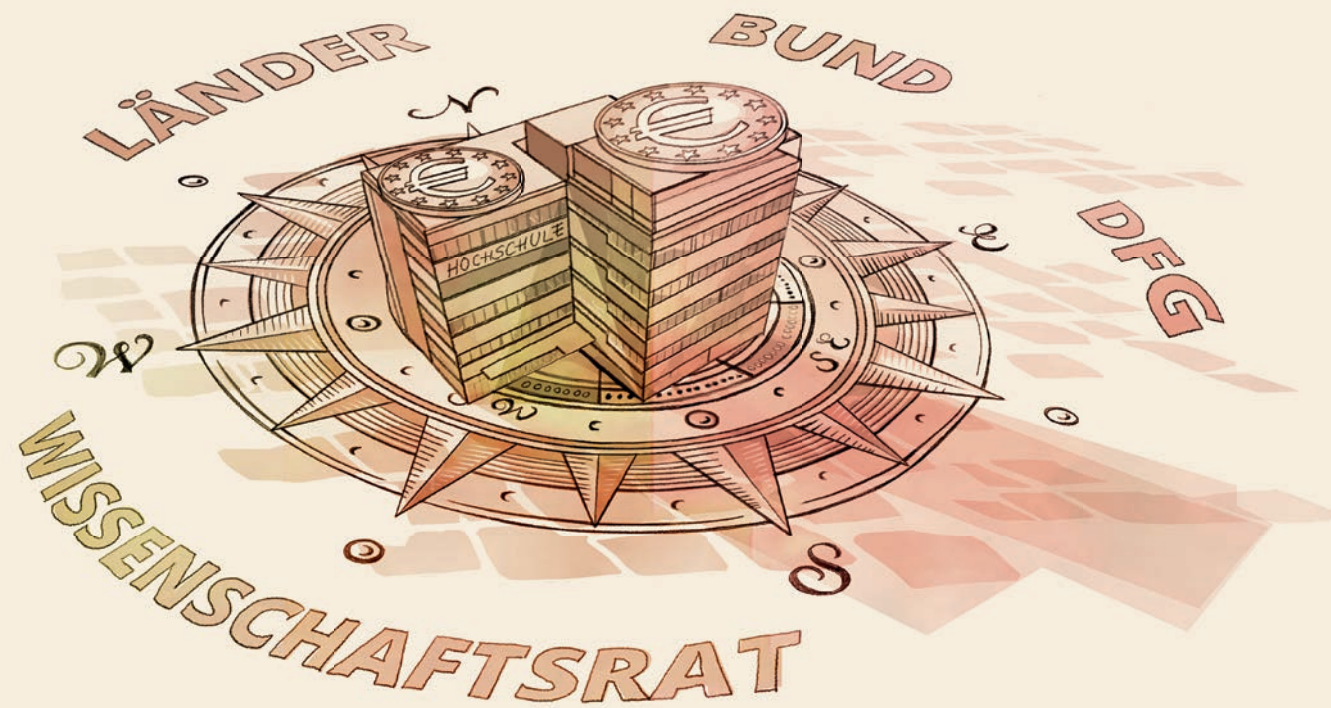
Imboden war damals an der ETH Mitinitiator eines völlig neuen Studienganges Umweltnaturwissenschaften. „Nicht spezialisierte Physiker, Chemiker oder Biologen wollten wir ausbilden, sondern interdisziplinär denkende Naturwissenschaftler, welche die historisch gewachsenen Fachgrenzen überschreiten“, schreibt Imboden in einem Beitrag für das Schweizer Online-Portal „Journal21.ch“. Einen aktuellen Wochenendbesuch bei einer Bergbauernfamilie im Bündnerland nahm Imboden jüngst zum Anlass, fast 30 Jahre nach Etablierung des Studienganges kritisch das Reformkonzept von damals aus heutiger Sicht zu hinterfragen: ob denn dadurch nicht neue standardisierte Normen in der Verwaltung entstanden seien, die inzwischen vor Ort ebenso ‚lebensfremd‘ sind wie die damaligen.

Imboden schreibt viel für das von ehemaligen Journalisten betriebene Internetportal. Meistens dreht es sich um Wasser, um Flüsse, Kanäle und um seine Reisen darüber, quer durch Europa. Bisweilen setzt er sich auch kritisch mit „Tabus als den wahren Feinde der Demokratie“ auseinander. Doch welche Tabus in Imbodens Evaluationsbericht angeführt werden, das wird man erst im Januar 2016 erfahren.

Unlängst stichelte Imboden auf „Journal21.ch“ gegen eine ausufernde „Räte-Republik“ in der Gesellschaft. „Zukunftsräte, welche frühzeitig Probleme erkennen und Lösungsvarianten vorbereiten, sind (...) wichtig. Aber eigentlich leidet die Politik nicht an Wissensmangel, sondern an Veränderungsresistenz.“ Als Imboden dies im Januar 2014 schrieb, konnte er noch nicht ahnen, dass er nur wenige Monate später selbst zum Vorsitzenden eines solchen Expertenrates berufen würde.



DER AUTOR  
**Karl-Heinz Reith**, bis Ende 2014 dpa-Korrespondent, Experte für Bildung und Wissenschaft, heute freier Journalist und Fachautor in Berlin



# Ein neuer Hochschulpakt

**UNTERFINANZIERUNG** Bund und Länder müssen sich auf einen neuen, unbefristeten Hochschulpakt verständigen. Sein Kern: eine Studienabschlussförderung.

TEXT: Edelgard Bulmahn ILLUSTRATION: Jacqueline Urban

Die deutsche Hochschulpolitik schleppt sich von Sonderprogramm zu Sonderprogramm, untertunnelt einen Studierendenberg nach dem anderen, um dann jeweils festzustellen, kein Plateau erreicht zu haben, sondern vor einem neuen Berg zu stehen. Es ist an der Zeit, endlich eine kalkulierbare, verlässliche Finanzierung der Hochschulen sicherzustellen und die dramatische Unterfinanzierung der deutschen Hochschulen zu überwinden. Die jährliche Finanzlücke wird seitens des

Wissenschaftsrats auf rund vier Milliarden Euro geschätzt. Hinzu kommt die wachsende Schiefele in der Finanzierung der Hochschulen mit unzureichender Grundfinanzierung und wachsender Drittmittelabhängigkeit. Die Unterfinanzierung, insbesondere im Bereich der Grundfinanzierung, schwächt die Hochschulen ausgerechnet in ihrem Kernbereich, der qualifizierten Ausbildung der Studierenden und des wissenschaftlichen Nachwuchses. Mangelnde Betreuung und hohe Abbrecherquoten sind die Folgen. Die wachsende Abhängigkeit von Projektmitteln ver-

wehrt den Hochschulen zudem die nötige Planungssicherheit und erschwert eine langfristig angelegte Personalpolitik. Schließlich birgt die unzureichende Grundfinanzierung die Gefahr einer Vernachlässigung der sogenannten kleinen Fächer. Für die zukunftsorientierte Weiterentwicklung des deutschen Hochschulsystems ist die Lösung der Finanzierungsfrage unabdingbar. Die Länder werden das alleine nicht stemmen können. Eine Erhöhung des Anteils der Länder am Steueraufkommen könnte die Lage in den großen Ländern entspannen, nicht aber in den kleinen. Unstrittig ist deshalb, dass der Bund künftig einen deutlich höheren Finanzierungsanteil übernehmen sollte. Wobei dieser sich nicht nur an der Finanzierung von zeitlich begrenzten Vorhaben beteiligen, sondern vor allem stärker zur Grundfinanzierung in der Breite beitragen sollte. Hierzu schlage ich eine mittelfristig zu realisierende Neugestaltung der Bund-Länder-Zusammenarbeit im Hochschulbereich vor, um sowohl eine ausreichende Grundfinanzierung als auch die Förderung ressourcenaufwendiger Spitzenforschung sicherzustellen. Der in Deutschland immer wieder beschworene Gegensatz zwischen der Förderung internationaler Spitzenforschung und einer Förderung in der Breite ist unsinnig. Beides ist notwendig. Schließlich kann sich eine Spitze nur auf einer guten, breit angelegten, leistungsfähigen Hochschullandschaft entwickeln.

Bund und Länder sollten sich grundsätzlich auf einen neuen Hochschulpakt verständigen, in dem sie verbindlich aufzeigen, wie sie die Unterfinanzierung der Hochschulen überwinden sowie Grundfinanzierung und Drittmittel in ein neues Gleichgewicht bringen wollen. Kernelement dieses neuen Hochschulpaktes ist die Vereinbarung einer neuen Förderungsart, der Studienabschlussförderung, mit der der Bund sich dauerhaft an der Grundfinanzierung der Hochschulen beteiligt. Mittels dieser neuen Studierenden-bezogenen Finanzierungskomponente weist der Bund den Hochschulen jährlich für jeden erfolgreichen Studienabschluss einen festen Betrag zu. Die Studienabschlussförderung wäre ein geeignetes Anreizsystem für einen bedarfsgerechten, länderübergreifenden Hochschulausbau und eine kontinuierliche Qualitätsverbesserung der Lehre. Mögliche Fehlsteuerungen könnten hierbei vermieden werden, indem man die unterschiedlichen Studienkosten der einzelnen Fächer ebenso berücksichtigt wie den Anteil ausländischer Absolventen/innen oder solcher ohne Abitur. Gegebenfalls könnte man sich auch an der Zahl der Prüfungsanmeldungen beziehungsweise -zulassungen orientieren, um dem Einwand entgegenzutreten, diese Förderungskomponente könnte die Hochschulen dazu verleiten, allzu leichtfertig erfolgreiche Prüfungsleistungen zu bescheinigen. Entscheidend ist, dass diese Förderart unbefristet, dauerhaft wäre. Hierdurch erhielten die Hochschulen die

notwendige Planungssicherheit für die Schaffung unbefristeter Stellen. Die Mittel sollten über den Wissenschaftsrat oder die Deutsche Forschungsgemeinschaft direkt in die jeweiligen Hochschulhaushalte fließen. Meines Erachtens weist eine solche Förderkomponente deutliche Vorteile gegenüber anderen Vorschlägen aus. Sie ist flexibel, begrenzt verwaltungsaufwendig und transparent. Sie gewährleistet, dass die Mittel auch tatsächlich bei den Hochschulen ankommen. Sie ermöglicht eine Beteiligung des Bundes an der Grundfinanzierung der Hochschulen und damit an einer dauerhaft verankerten Förderung in der Breite. Sie gibt der Lehre einen höheren Stellenwert, indem erfolgreiche Lehrtätigkeit zu höheren Einnahmen führt und sorgt letztlich für bessere Studienbedingungen.

Im Rahmen dieses neuen Hochschulpaktes ist verbindlich zu vereinbaren, dass auch die Länder verstärkt in die Grundfinanzierung der Hochschulen investieren und nicht etwa aufgrund des höheren Bundesengagements ihre eigenen Mittel zurückfahren. Das erreicht man am besten durch die Vereinbarung konkreter, bezifferter Schritte, mit denen die Unterfinanzierung der Hochschulen überwunden werden soll. Und indem man vereinbart, und dabei welchen Finanzierungsanteil übernimmt. Ein weiteres Element dieses neuen Hochschulpaktes sollte die Erhöhung des Overheadanteils in der Projektförderung sein, um sicherzustellen, dass knappe Grundmittel nicht für die Einwerbung und Durchführung von Forschungsprojekten verausgabt werden müssen. Darüber hinaus sollte die Exzellenzinitiative unter ausdrücklicher Einbeziehung der dritten Förderlinie „Zukunftskonzepte“ weitergeführt werden. Bei der Neukonzeption der Exzellenzinitiative sollten einerseits die Förderzeiträume auf bis zu zehn Jahre verlängert und andererseits Verfahren und Möglichkeiten vereinbart werden, wie nach dem Auslaufen der Förderung eine Anschlussfinanzierung für besonders erfolgreiche Vorhaben sichergestellt werden kann. Spitzenforschung muss auch und gerade in der Lehre Maßstäbe setzen. Im Rahmen der Exzellenzinitiative sollte deshalb künftig die forschungsorientierte Lehre sowohl bei der Begutachtung wie auch bei der Finanzierung maßgeblich berücksichtigt werden. Schließlich gilt es, die Planbarkeit wissenschaftlicher Karrieren deutlich zu verbessern, etwa durch die konsequente Nutzung des „Tenure-Tracks“, die Schaffung von zeitlich unbefristeten Stellen im Mittelbau oder die Einrichtung von „Lecturer“-Stellen beziehungsweise Lehrprofessuren.



DIE AUTORIN  
**Edelgard Bulmahn (SPD)** ist Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags und war von 1998 bis 2005 Bundesministerin für Bildung und Forschung » [www.edelgard-bulmahn.de](http://www.edelgard-bulmahn.de)



Der Bund muss sich dauerhaft an der Grundfinanzierung der Hochschulen beteiligen«



## »Mich hat die Uni verunsichert«

**13 FRAGEN AN ... OLIVER KACZMAREK (SPD).** Bundestagsabgeordneter, Bildungspolitiker, Arbeiterkind.

**1 Schaffen die Schulen das Lernen mit Flüchtlingskindern alleine?** Nein. Die vielen tausend Lehrer, die man braucht, werden nicht sofort zur Verfügung stehen. Deswegen tun wir gut daran, zivilgesellschaftliche Kräfte einzubinden, seien es engagierte Lesepaten oder die Stiftung Lesen.

**2 Kennen Sie die Flüchtlingssituation nur aus der Parlamentsperspektive?** Mein Sohn hat in seiner 3. Klasse in Kamen ein Mädchen aus Syrien. Als er im Kinderfernsehen „Logo“ sah, dass in Syrien Krieg herrscht, hat er erst richtig verstanden, warum sie hier ist.

**3 Die Kultusminister brauchen 20.000 neue Pädagogen. Wer soll die bezahlen?** Der Bund und die Länder gemeinsam, aber der Bund darf ja nicht. Man kann normalen Menschen nicht erklären, dass Berlin den Schulen in der Flüchtlingskrise nicht helfen darf.

**4 Sie wollen Berliner Bildungszentralismus!** Nein. Der Bund sollte nur bei wichtigen Aufgaben den Schulen helfen können: Flüchtlingskrise, Ganztagschule, Inklusion oder Digitalisierung. Irgendwann kommt das eh: Man kann nicht ewig gegen den gesunden Menschenverstand anregieren.

**5 Sie wollen berufliche und akademische Bildung gleich stellen. Ist das nicht ein bisschen spät?** Könnte man sagen. Trotzdem kommen gerade immer mehr beruflich Qualifizierte an die Hochschulen. Die müssen endlich besser abgeholt und angenommen werden.

**6 Das sagen Sie jetzt, wo die jungen Leute wie die Lemminge in Abitur und Studium rennen!** Sie bauen einen falschen Gegensatz auf. Soll ich Gymnasiasten zur Lehre raten? Dann wird es für Hauptschüler noch schwerer.

**7 Die Eine-Million-Dollar-Frage! Wie lautet die Antwort?** Duales System heißt: Da gehören Staat und Wirtschaft dazu. Die Arbeitgeber müssen mehr Plätze bereitstellen und auch solche Jugendlichen aufnehmen, die es nicht ohne weiteres drauf haben. Sonst verliert das duale System an Legitimation.

**8 Die Unternehmen holen sich jetzt bildungshungrige Zuwanderer. Und die Bildungsarmen fallen hinten runter.** Das macht mir Sorge. Es wäre fatal, wenn wir unsere Hauptschüler aus dem Blick verlieren.

**9 Wieso sind sie nicht Arbeiter geworden, so wie ihr Vater?** Es war eine Frage sozialen Aufstiegs. Ohne dass meine Familie das so genannt hätte. Meine Mutter sagte immer, ihr sollt einen Job machen, bei dem ihr noch einen weißen Kragen habt, wenn ihr von der Arbeit nach Hause kommt. Mein Vater war Bergmann.

**10 Wie sind Sie mit der Uni zurechtgekommen?** Es war nicht leicht. Ist das was für mich? Bin ich richtig hier? Das habe ich mich oft gefragt. Mich hat die Uni am Anfang verunsichert.

**11 Die Hochschulen haben schon wieder kein Geld. Was ist da los?** Der Bund tut viel für die Unis. Wir müssen uns mit den Ländern nur endlich auf eine verlässliche Grundfinanzierung verständigen. Und wir brauchen einen Hochschulsozialpakt. Es darf nicht sein, dass die Zahl der Studierenden steigt – aber die soziale Absicherung von Essen, Wohnen und Stipendien stagniert.

**12 Wieso haben Sie sich dann beim BAföG über den Tisch ziehen lassen? Die Länder sacken die BAföG-Kohle ein – und die Studenten müssen bis 2016 auf ihre Erhöhung warten.** Aber ein Plus von sieben Prozent ist dann ein großer Schritt nach vorne. Das BAföG passt sich der Lebensrealität an – leider langsam.

**13 Und das akademische Proletariat der wissenschaftlichen Mitarbeiter muss sich mit Quickie-Verträgen über Wasser halten.** Auf fünf feste kommen 45 befristete Stellen. Das geht einfach nicht. Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz muss da Ordnung schaffen.

Die 13 Fragen stellte **Christian Füller**, Journalist, Buchautor und Pisaversteher.

### ZUR PERSON

**Oliver Kaczmarek**, geboren 1970 in Kamen, machte an der dortigen Gesamtschule 1990 Abitur und studierte danach Geschichte und Sozialwissenschaft auf Lehramt an der Ruhr-Universität Bochum. Im NRW-Schulministerium brachte er es zum Oberregierungsrat. Seit 2009 sitzt er für die SPD im Deutschen Bundestag; er ist stellvertretender bildungspolitischer Sprecher der Fraktion. Oliver Kaczmarek ist ein Arbeiterkind: seine Mutter war Hausfrau, sein Vater Bergmann. Er ist unter anderem Mitglied im Bundestagsausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und im Kuratorium des Deutschen Studentenwerks. Kaczmarek ist Vater von zwei Kindern.  
» [www.oliver-kaczmarek.de](http://www.oliver-kaczmarek.de)

DER DSW-PRÄSIDENT HAT DAS LETZTE WORT

# Exzellenz? Welche Exzellenz?

**D**ass die von Bund und Ländern getragene Exzellenzinitiative zur Förderung von Spitzenforschung an deutschen Universitäten ab Oktober 2017 weitergeht, ist einigermaßen sicher. Über das Wie wird, wen wundert's, intensiv debattiert, wenn nicht gestritten. Die Wissenschafts- und Forschungsorganisationen haben sich in Position gebracht, die Universitäten, und, wenn auch nicht immer einheitlich, die Parteien. Es gibt einen dicken Bericht, es gibt Vorschläge, Pläne, Absichtserklärungen; mal werden Forschungsverbände und „Exzellenzregionen“ ins Spiel gebracht, mal eine Ausweitung auch auf die Fachhochschulen. Es geht um weitere mindestens vier Milliarden Euro Förderung, aber bis diese fließen, stehen mehrere Landtagswahlen und eine Bundestagswahl an.

So komplex die Ausgangslage sich auch darstellen mag: Dass ausschließlich exzellente Forschung gemeint ist, wird bei allen Unterschieden in der Interessenlage nicht weiter thematisiert. Das wundert mich. Auch auf die Gefahr hin, eine antiquiert anmutende Debatte noch einmal aufzugreifen: Welchen Begriff von Exzellenz haben wir denn? Und vor allem: Welche Exzellenz bräuchten wir eigentlich?

Damit keine Missverständnisse aufkommen: Die Exzellenzinitiative war und ist ein Segen für das deutsche Wissenschaftssystem. Aber können und wollen wir uns damit zufrieden geben? Ich plädiere dafür, den Exzellenz-Begriff um zwei Dimensionen zu erweitern: um exzellente Lehre und exzellente soziale Rahmenbedingungen.

Exzellente Lehre: Gewiss, auch der Qualitätspakt Lehre bewirkt viel Gutes. Aber er ist – wie die Exzellenzinitiative ja auch – befristet angelegt, und längst nicht alle Hochschulen können partizipieren. Vielleicht ist es

»Das Gesamtpaket Studium muss exzellent werden«

**Dieter Timmermann**, Präsident des Deutschen Studentenwerks



auch nicht der richtige Weg, die Hochschullehre allein mit Geld-Anreizen verbessern zu wollen. Solange Forschungsleistungen zum Beispiel bei Berufungen ungleich mehr zählen als Lehr-Leistungen, können auch Bund-Länder-Programme daran wenig ändern. Exzellenz lehren zu wollen, das muss intrinsische Motivation aller Hochschullehrerinnen und -lehrer sein – und aller Hochschulen. Warum entwickeln wir hier nicht viel mehr Ehrgeiz, strukturellen und persönlichen Ehrgeiz? Für uns, und für unsere Studierenden?

Soziale Rahmenbedingungen: Forschung und Lehre, ob nun als Einheits-Paar beschworen oder als Gegensatz beklagt: es fehlt ein Drittes. Studierende müssen wohnen, essen, sich finanzieren; sie benötigen Beratung, manche Kinderbetreuung. Wir müssen das Gesamtpaket Studium exzellent machen, und ja, dafür benötigen wir mehr Geld. Mehr Geld für ein exzellentes BAföG, exzellenten Wohnraum, exzellente Beratung. Das ist meine persönliche Exzellenzinitiative.

*Dieter Timmermann*

Antworten Sie oder diskutieren Sie mit Dieter Timmermann:

» [dieter.timmermann@studentenwerke.de](mailto:dieter.timmermann@studentenwerke.de)

Foto: Kay Hirschelmann



## „STUDENT/-IN DES JAHRES“

**Auszeichnungskriterium:** Es gibt viele unter den 2,6 Millionen Studierenden, die über ihr Fachstudium hinaus in Staat und Gesellschaft, Politik und Vereinen, vor allem aber ehrenamtlich und altruistisch engagiert sind, häufig auch im studiennahen Bereich. Der Deutsche Hochschulverband und das Deutsche Studentenwerk wollen diesen Studierenden öffentliche Aufmerksamkeit verschaffen. Sie verleihen auf der „Gala der Deutschen Wissenschaft 2016“ am 4. April 2016 in Berlin zum ersten Mal den Preis „Student/-in des Jahres“. Für die Auszeichnung in Betracht kommen Studierende bzw. Studierendenteams, die über die Leistungen im Studium hinausgehendes, herausragendes Engagement vorweisen können. Es besteht keine Beschränkung, in welcher Art und Weise dies gelungen ist. Das Engagement kann, muss aber nicht im direkten Bezug zur Hochschule stehen.

**Preissumme:** Der Preis ist mit 5.000 Euro dotiert und wird vom **Stiftenverband für die Deutsche Wissenschaft** gestiftet. Das Preisgeld steht zur freien Verfügung.

**Wer kann vorgeschlagen werden?** Vorgeschlagen werden kann jeder Studierende einer deutschen Hochschule oder jeder deutsche Studierende an einer ausländischen Hochschule, der sein Studium zum Ablauf des Wintersemesters 2015/16 noch nicht abgeschlossen hat. Nominierungsberechtigt ist jeder. Es kann eine Einzelperson oder eine Gruppe von Studierenden vorgeschlagen werden. Die Studienrichtung ist unerheblich.

**Vorschlagsfrist:** Die Frist zum Vorschlag endet am **31. Dezember 2015**.

**Unterlagen:** Vorschläge bedürfen der Schriftform. Zum Vorschlag gehört der Name des/der Vorgeschlagenen, die Hochschule, der er/sie angehört, und eine maximal zweiseitige Begründung des Vorschlags, die das Verdienst des/der Vorgeschlagenen skizziert. Aussagefähige Unterlagen über die Leistung des/der Vorgeschlagenen können dem Vorschlag beigelegt werden. Die Unterlagen sind an die Geschäftsstelle des Deutschen Hochschulverbandes zu richten:

**Deutscher Hochschulverband**  
„Student/-in des Jahres“  
Rheinallee 18-20, 53173 Bonn

**Auswahl der Preisträger:** Die Preisträgerin/den Preisträger wählt eine unabhängige, sechsköpfige Jury aus, die Deutscher Hochschulverband und Deutsches Studentenwerk paritätisch besetzen. Die Jury kann auch einen nicht vorgeschlagenen Studierenden/ein nicht vorgeschlagenes Studierendenteam prämiieren.

**Ansprechpartner und weitere Information:** **Deutscher Hochschulverband**  
**Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**  
Dr. Matthias Jaroch | Rheinallee 18-20 | 53173 Bonn  
Tel.: 0228/90266-66  
E-Mail: [presse@hochschulverband.de](mailto:presse@hochschulverband.de)



---

## 30. PLAKATWETTBEWERB

---

des DEUTSCHEN  
STUDENTENWERKS

Für Studierende der Fächer  
Grafikdesign, Kommunikationsdesign,  
Visuelle Kommunikation

[www.studentenwerke.de](http://www.studentenwerke.de)

